Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 294 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Donnerstag, 15. Dezember 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Regierungs-Wirtschaftsprogramm

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold führte in der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie u. a. aus:

In einer bewegten Zeit muß jeder, der Verantwortung trägt, sich Rechenschaft geben darüber, wo man steht, und wie die wirtschaftlichen Tatsachen zu bewerten sind. Dabei hat man zu unterscheiden zwischen den realen wirtschaftlichen Tatsachen, die sich aus der Registrierung ziffernmäßig ergeben, und den stimmungsmäßigen Faktoren, welche das Handeln der wirtschaftenden Menschen beeinflussen. Es kann sehr wohl die psychologische Einstellung der Leiter der Unternehmungen schlechter oder besser sein, als es die realen Faktoren rechtfertigen. Heute scheint mir eine solche Situation gegeben zu sein, und zwar derart, daß

die stimmungsmäßige Beurteilung der Lage vielfach ungünstiger ist, als es die Wirtschaftsziffern zulassen.

Das hat, soweit ich sehe, zwei Ursachen. Einmal die allgemeinen politischen Momente. Ich möchte, da ich der Tagespolitik fernstehe, hierauf nicht näher eingehen. Nur soviel sei gesagt, daß wir nach der beklagenswerten Beunruhigung durch die politischen Vorgänge der letzten Zeit

hoffen dürfen, nunmehr vorerst eine wesentliche Beruhigung zu erleben.

Die zweite Ursache liegt darin, daß die Anzeichen für eine wirtschaftliche Belebung in der Welt, die wir seit Mitte des Sommers zu verzeichnen haben,

zu weitgehende Hoffnungen hinsichtlich des Tempos der Ueberwindung der Krise

ausgelöst haben.

Das Wirtschaftsprogramm des 4. September

hat drei Hauptteile: Nämlich erstens die Zuführung von Steuergutscheinen an die Wirtschaft für Steuerentrichtung, zweitens die ebenfalls in Form von Steuergutscheinen zu gewährenden Beschäftigungsprämien und drittens eine Arbeitsbeschaffung in Höhe von etwas mehr als ¾ Milliarden Reichsmark.

An diesen drei Maßnahmen wird die neue Reichsregierung festhalten.

Bei allem aber steht die Realisierung zum größten Teil noch bevor. Die Arbeitsbeschaffung bedarf naturgemäß eines gewissen Anlaufzeitraumes. Er wird insbesondere durch die technischen Vorbereitungen bedingt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß heute, drei Monate nach der Verkündigung des Wirtschaftsprogramms, die

Arbeitsbeschaffung erst auf Teilgebieten wirksam

geworden ist. Bei einem Gesamtüberblick wird man daher eine pessimistische Beurteilung des Wirtschaftsprogramms als voreilig bezeichnen müssen. Es erscheint mir an der Zeit, in die Erinnerung zurückzurufen, daß man vielfach — und zwar mit einem gewissen Recht — das Wirtschaftsprogramm als einen

Einjahresplan

bezeichnet hat. Man soll sich dessen bewußt bleiben, daß von diesem Jahr praktisch erst 2½ Monate, also noch nicht einmal ein Vierteljahr, verstrichen ist.

Der Minister gab sodann ziffernmäßige Belege für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und sagte u. a.:

Auch die nüchternste Betrachtung dieser Ziffern kann nicht leugnen, daß hier

eine Wendung

eingetreten ist. Es gilt für uns, diese Bewegung zu verstärken. Das wird — u. a. — insbesondere durch zwei Umstände geschehen: Einmal dadurch, daß sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm erst in der Zukunft in eine Anregung der wirtschaftlichen Tätigkeit umsetzen wird, und zweitens dadurch, daß dieses Programm durch weitere

zusätzliche Arbeitsbeschaffung

ergänzt werden soll. Dabei werden einige wichtige Gesichtspunkte beachtet werden müssen Obenan muß der Grundsatz stehen, daß

nur solche Arbeiten gefördert werden dürfen, die volkswirtschaftlich nützlich sind

und aus dem Zukunftsertrag verzinst und getilgt werden werden können. Ferner sollen die Arbeiten vorzugsweise und in der Regel

an Unternehmer

vergeben werden. Diese Form der Arbeitsbeschaffung hat gegenüber der Form der Regiearbeiten den Vorteil, daß sie die private Initiative unmittelbar anregt und damit die allgemeie wirtschaftliche Belebung wirksam und schnell fördert. Weiterhin wird man in der Regel

nur kurzfristige Arbeiten

übernehmen, damit sie, sobald die private Wirtschaft in das erstrebte größere Volumen hineingewachsen ist, alsbald gedrosselt und abgebrochen werden können. Denn Arbeitsbeschaffung darf nur Notstandsmaßnahme sein und nicht zum Selbstzweck werden. Schließlich darf die Finanzierung nur in einer Form erfolgen, welche in keiner Weise die Währung gefährden darf.

Man soll sich daran erinnern, daß wir drei Jahre hindurch überall und ausschließlich Abwärtsbewegung und Schrumpfung erlebte haben. Schon die Tatsache, daß diese ununterbrochene Abwärtsbewegung und Schrumpfung aufgehört hat, muß uns mit Befriedigung erfüllen. Wir können unmöglich einen schlagartigen Uebergang in Ausweitung und Aufwärtsbewegung erwarten. Dies ist solange eine falsche Betrachtungsweise, als wir nicht die noch bevorstehenden großen Aufgaben übersehen.

Diese Aufgaben sind freilich noch außerordentlich schwer. Endlich muß noch gelöst werden das vollständige

Problem der internationalen Verschuldung.

Weiterhin müssen die unerträglich gewordenen

Handelshemmnisse gemildert

werden. Schließlich bedarf es — eins der dringendsten und schwierigsten Probleme — einer endgültigen

Stabilisierung der Währungen.

Bei Fortdauer des gegenwärtigen Wirtschaftschaos in der Welt besteht die ernste Gefahr, daß alle Tendenzen zur Ausweitung des Weltwirtschaftsvolumens und damit der Weltproduktion durch die Auswirkungen der Währungsverschlechterungen zunichte gemacht werden.

Auch innerwirtschaftlich stehen wir vor umfassenden Aufgaben. Ich brauche nur die Probleme der

Kommunalfinanzen

und der Bilanzbereinigung zu nennen. Vor allem aber ist Rückkehr des Vertrauens und der Ruhe erforderlich. Es gilt, die natürlichen Erscheinungen der Erholung zu verstärken durch

eine stetige, Experimenten abholde Wirtschaftspolitik.

Aufrechterhaltung der Währung ist hierfür dringendes Erfordernis. Die Devisenzwangswirtschaft muß — immer nur als notwendiges Uebel — solange beibehalten werden, bis die internationalen Schuldprobleme gelöst worden sind, und die Reichsbank ihren Gold- und Devisenbestand erhöhen kann. Insgesamt können wir heute feststellen, daß

die Deflation hinter uns

liegt. Wir werden alle Maßnahmen deflationistischen Charakters zu vermeiden haben, andererseits aber auch allzu stürmische Wertbewegungen nach oben. Wenn wir mit Geduld, Zähigkeit und festem, von einem unerschütterlichen Glauben an Zielsetzungen herangehen, wird es gelingen, die den Wiederaufstieg getragenen Willen an diese Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu erreichen.

Aufhebung einer Notverordnung

Der Preußische Landtag begann am Mittwoch einen Plenarsitzungsabschnitt. Der erste Verhandlungstag war im wesentlichen ausgefüllt durch eine sehr große Anzahl von Abstimmungen. Ein kommunistischer Redner behauptete, es beständen innerhalb des Kabinetts Braun Meinungsverschiedenheiten über die vom Reichstag beschlossene

Amnestie.

Sein Antrag, wonach die Staatsregierung ihre Vertreter im Reichsrat anweisen soll, dem Amnestiegesetz zuzustimmen, wurde angenommen mit 290 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 7 Stimmen der Deutschen Vpt., Deutschnationale und Zentrum hatten sich nicht an der Kartenabgabe beteiligt. Der Kommunist hatte gemeint, daß die Zentrumsminister im Kabinett Braun gegen diese Amnestie seien. Mit der gleichen Mehrheit wurde ein Antrag Dr. Freisler (Nationalsoz.) angenommen, im Hinblick auf die zu erwartende Reichsamnestie alle darunter fallenden

Gefangenen schon jetzt zu befreien

und kommende Strafvollstreckungen dieser Art nicht zu vollziehen. Ein kommunistischer Antrag, eine politische Debatte durchzuführen anläßlich der Einsetzung des Reichskanzlers von Schleicher als Reichskommissar in Preußen, soll im späteren Verlauf des Sitzungsabschnittes durchgeführt werden.

Ein sozialdemokratischer

Antrag, die Regierung Braun in alle Rechte einzusetzen,

die zur Durchführung der Aufgaben des Landtages als Volksvertretung erforderlich sind, sowie ferner die sofortige

Aufhebung der Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars

vom 20. Juli und der Verordnung über die Gewaltenteilung vom 18. November durchzuführen, wurde angenommen mit 148 Stimmen der Antragsteller, der Zentrums- und Staatspartei gegen 27 Stimmen der Deutschnationalen bei 53 Enthaltungen der Kommunisten. Die Nationalsozialisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Das Haus war bei diesem Antrage Ende November beschlußunfähig geworden.

An der Abstimmung über den sozialdem. Antrag betr. die Verordnungen der Reichskommissare, die die Unterschrift „Preußisches Staatsministerium" tragen, beteiligten sich nur die Antragsteller und Kommunisten.

Das Haus war beschlußunfähig, setzte aber in einer auf sofort einberufenen neuen Sitzung sein Abstimmungsprogramm fort.

Dabei fanden Anträge Annahme, wonach

Preußen im Reichsrat

etwaigen Wahlreformen Widerstand leisten solle, wenn sie die demokratischen Volksrechte auch durch Einführung des Pluralstimmrechtes gefährden, und wonach Preußen keinem Reichsreformentwurf zustimmen soll, der die Rechte Preußens weniger wahrt als die anderer Länder. Das Haus setzte

zwei neue Untersuchungsausschüsse

ein; sie sollen die Vorgeschichte der Einsetzung des Reichskommissars prüfen, sowie die Personalpolitik des Reichskommissars. In einem umfangreichen sozialdemokratischen Antrag, der gleichfalls angenommen wurde, wird die

Rückgängigmachung sozialer Härten in Reichsnotverordnungen

verlangt. Auch sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen und sich an der

Arbeitsbeschaffung

zu beteiligen. Der Landtag verlangt, daß die Erhebung einer

Krankenscheingebühr und einer Arzneikostenbeteiligung

von kranken Wohlfahrtsempfängern unterbunden werde. Er fordert in anderen angenommenen Anträgen die Durchführung einer

Verbilligungsaktion für Frischmilch

zugunsten der Sozialrentner und Erwerbslosen. Die Gemeinden sollen angewiesen werden, menschenwürdige

Unterkunftsräume für obdachlose Wanderer

einzurichten und für die Wanderer warmes Essen bereitzuhalten. Eine besondere Amnestie fordert der Landtag im Zusammenhang mit dem Berliner Verkehrsstreik. Nach einem angenommenen nationalsozialistischen Antrag soll

dem Einzelhandel Schutz gegen Zwangsvollstreckungen

gewährt, nach einem angenommenen Zentrumsantrag der Mittelstand besser an der

Auftragserteilung der Schupo

beteiligt werden.

Donnerstag: Kulturdebatte.

Die Notverordnungen

im Haushaltsausschuß des Reichstags

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte seine Beratungen über die ihm vom Plenum überwiesenen Anträge auf Aufhebung bezw. Aenderung von Notverordnungen fort.

Zunächst wurde die Gruppe von Anträgen behandelt, die sich bezieht auf

die Notverordnung vom 4. September 1932

Abg. Erfing (Ztr.) erklärte, daß er vom Vorsitzenden zur Begründung des vom Zentrum eingebrachten Antrages aufgefordert wurde, daß eine Begründung nach dem gestrigen Abstimmungsergebnis ja doch keinen Zweck habe; man solle nun gleich zur Abstimmung schreiten.

Der Zentrumsantrag wollte unter prinzipieller Aufrechterhaltung der Notverordnung die Abschnitte gestrichen haben, die die Ausgabe von Steuergutscheinen auf Grund der Mehrbeschäftigung vorsehen. Anstelle dieser Bestimmung sollten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbessert werden.

Abg. Rädel (Komm.) verlangte die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September 1932.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vpt.) hielt es für notwendig, daß sich zunächst einmal die Regierung äußere, wie sie sich zu den vorliegenden Anträgen verhalte.

Ministerialdirektor Dr. Weigert widerriet im Auftrage des jetzigen Reichsarbeitsministers der vorzeitigen Aufhebung der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern. Bedenken gegen die unerwünschte Anwendung der Lohnprämie auf die Konkurrenzverhältnisse haben von Anfang an bestanden und bestehen auch jetzt. Aber nachdem die Einrichtung geschaffen ist und zahlreiche Unternehmer im Vertrauen darauf langfristige Aufträge angenommen und Arbeiter eingestellt haben, würde ein vorzeitiger Abbruch zu schweren Schädigungen und zur Erschütterung des Vertrauens in Maßnahmen der Regierung führen müssen. Eine Wiederentlassung von Zehntausenden von Arbeitnehmern würde in der jetzigen Zeit besonders bedauerlich sein. Ein Ueberblick auf die Abwickelung der Lohnprämien sei noch nicht möglich, weil Anträge erst im Januar für das verflossene Vierteljahr gestellt werden können. Die Wirtschaftsverbände berichten über erhebliche Inanspruchnahme; namentlich in der Landwirtschaft hoffe man, mit Hilfe der Steuergutscheine einen höheren Arbeiterstand den Winter über halten zu können. Mißstände haben sich ergeben und bei Erhaltung der Verordnung seien weitgehende Verbesserungen der Durchführungsbestimmungen beabsichtigt. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei gebe dazu eine gute Grundlage. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei verlangt Beseitigung von Mißbräuchen, die die BVP. u. a. in folgenden Punkten als gegeben ansah: Die Ausgabe von Steuergutscheinen in Höhe von mehr als 50 v. H. der Lohnsumme der mehr beschäftigten Arbeitnehmer, die Entlassung von älteren und verheirateten Arbeitnehmern, die unverhältnismäßig hohe Einstellung von jungen Arbeitskräften und die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften.

Ministerialdirektor Dr. Hedding (Reichsfinanzministerium) erklärte, die Ausgabe von Steuergutscheinen für Steuerzahlungen sei im Gange. Die Steuerpflichtigen hätten diese Entlastung bereits in ihre Kalkulation eingestellt. Es sei nicht möglich, die Bestimmungen über die Steuergutscheine für Steuerzahlungen wieder aufzuheben.

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) führte aus, die Belastung des Reichshaushalts in den Jahren 1934—38 durch den Ausfall der Steuereinnahmen, die durch die Steuergutscheine abgelöst werden, belaufe sich auf rund 500 Millionen RM. jährlich. Wenn die Arbeitslosigkeit, was anzunehmen sei, in den nächsten Jahren nicht soweit zurückgehe, daß der Ausfall an Steuereinnahmen durch den verminderten Aufwand an Arbeitslosen-Unterstützung wettgemacht werden könnte, würde man sich einem großen Defizit im Etat gegenübersehen. Der mit Sicherheit zu erwartende Ausfall an Steuereinnahmen führe aber dann zu einer Einführung neuer Steuern.

Abg. Reinhardt entwickelte zur Vermeidung dieser Gefahren ein Programm, wie durch diese Steuergutscheine, die man dann mit „Arbeits-

wechsel" bezeichnen müsse, eine wahre Belebung der Wirtschaft herbeigeführt werden könne.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) wünscht die Anwesenheit des Reichsfinanz-, des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministers. Der sozialdemokratischen Fraktion liege nichts an Beschlüssen, die keine Wirkung haben.

Der Ausschuß nahm in diesem Sinne Fühlung mit den hierbei in Frage kommenden Ministerien; die Beratung der Anträge zur Notverordnung vom 4. September 1932 wurde vorläufig ausgesetzt.

Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Reichsregierung ersucht, für die Hinterbliebenen der Toten und die Familien der Verwundeten der

Explosionskatastrophe im J. G. Farbenwerk Premnitz

bis zu 25 000 RM. zur Linderung der ersten Nöte bereitzustellen und die Versicherungsträger anzuweisen, mit größter Beschleunigung die Rentenverfahren zum Abschluß zu bringen.

Ministerialdirigent Dr. Feig vom Reichsarbeitsministerium erklärte dazu, alsbald nach dem Unfall sei Vorsorge getroffen worden, daß den Opfern und ihren Angehörigen die Leistungen der Sozialversicherung zuteil wurden. Für eine Sonderhilfe ständen Haushaltsmittel leider nicht zur Verfügung, auch beständen grundsätzliche Bedenken dagegen, ein Massenunglück anders zu behandeln, als einen Einzelunfall. Wenn sich das Bedürfnis nach einer Reichshilfe herausstelle, werde sich das Arbeitsministerium deswegen mit dem Reichsfinanzministerium ins Benehmen setzen.

Zugleich im Namen des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums teilte **Ministerialdirigent Weigert** vom Reichsarbeitsministerium mit, daß die drei Minister gern bereit seien, sich an der Aussprache im Ausschuß über die Arbeitsbeschaffung zu beteiligen, daß sie aber leider durch unaufschiebbare Besprechungen von großer politischer Tragweite Mittwoch am Erscheinen verhindert seien. Auch seien die Verhandlungen der Reichsregierung über die Arbeitsbeschaffung noch nicht abgeschlossen, sie würden noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Der Ausschuß beschloß daraufhin, unter der Voraussetzung, daß die drei Minister am Montag erscheinen können, an diesem Tage die Anträge zur Arbeitsbeschaffung zu beraten. Jedenfalls soll aber die nächste Sitzung, wenn die Minister am Montag noch nicht bereit sind, zu den frühest möglichen Termin einberufen werden.

Bayern protestiert gegen die Amnestie

Die bayerische Staatsregierung hat sich entschlossen, gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz Einspruch im Reichsrat einzulegen.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bezeichnet das Amnestiegesetz als einen schweren Eingriff in die Justizsphäre der Länder. Außer prinzipiellen Erwägungen sprächen aber auch eine Reihe kriminalpsychologischer Gründe schwerwiegendster Art gegen eine solche Amnestie.

Innenpolitisches

Landtags-Ausschuß-Beschlüsse

Im Bevölkerungspolitischen Ausschuß des Preußischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Antrag über die

ärztliche Versorgung der Wohlfahrtsempfänger

in einer geänderten Fassung dahin angenommen, daß das Staatsministerium ersucht wird, die Fürsorgeverbände anzuweisen, in allen Fällen das System der freien Arztwahl durchzuführen, wenn die zuständige Unterorganisation des Verbandes der Aerzte Deutschlands zum Abschluß eines Vertrages zu angemessenen Bedingungen bereit ist.

Der Beamtenausschuß billigte einen nationalsozialistischen Antrag, der Anweisung an die Behörden verlangt, daß die

Zugehörigkeit zur NSDAP. nicht mehr als Entlassungsgrund

gelten darf.

Schließlich fand ein kommunistischer Antrag Annahme, alle Maßnahmen zu treffen, daß sämtliche

Kriegsbeschädigte mit Anstellungsschein,

die mindestens fünf Jahre im Behördendienst stehen, sofort als planmäßige Beamte angestellt und, falls erforderlich, Stellen in Planstellen umgewandelt werden.

Aus Bayerns Parlament

Antrag auf Wahl eines Ministerpräsidenten.

Die offizielle Parteikorrespondenz des Bauernbundes bestätigt die Meldung von der Einbringung eines bauernbündlerischen Antrages im bayerischen Landtag, wonach auf die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Landtages nach den Weihnachtsferien als erster Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten gesetzt werden soll.

Sozialisierungsdebatte. — Ablehnende Erklärung der Staatsregierung

Der Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtages befaßte sich mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die Staatsregierung ersuchte, insbesondere beim Reichsrat dahin einzuwirken, daß das privatwirtschaftliche System in eine planmäßige Bedarfswirtschaft überführt werde. Der Antrag löste eine lebhafte Debatte aus, in deren Verlauf der Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Ministerialdirektor **Schenk**, erklärte, daß es zwar der Privatwirtschaft nicht möglich gewesen sei, die vorhandenen Schwierigkeiten zu meistern, aber ungerecht wäre es, wenn man behaupten wollte, daß die Privatwirtschaft völlig versagt habe. Der Regierungsvertreter sprach sich auch gegen einen nationalsozialistischen Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken aus.

Aufhebung der Tariflockerungsverordnung

Die Reichsregierung hat am 14. Dez. die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 beschlossen. Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgesehen.

Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, um ihre Arbeitnehmerschaft vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein.

Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiete Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Amnestieentscheidung im Reichsrat vertagt

Die Reichsratsausschüsse berieten am Mittwoch abend das vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossene Amnestiegesetz. Eine endgültige Entscheidung konnten die Ausschüsse jedoch nicht fällen, es findet vielmehr eine zweite Lesung am nächsten Dienstag statt. Das Amnestiegesetz kann deshalb in der Vollsitzung am Donnerstag vom Reichsrat noch nicht verabschiedet werden. Eine neue Vollsitzung, dann voraussichtlich die letzte vor Weihnachten, ist für diesen Zweck für Dienstag abend in Aussicht genommen.

Im Reichsrat besteht jedoch, wie das VDZ-Büro erfährt, die feste Absicht, noch rechtzeitig vor Weihnachten die Entscheidung über die Amnestie herbeizuführen. Den Vorsitz in der Ausschußberatung führte Reichsjustizminister Dr. Gürtner selbst, der Minister und die Beamten seines Ministeriums beteiligten sich lebhaft an der Beratung der Vorlage.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

hielt in Berlin Sitzungen ihres Vorstandes und Hauptausschusses sowie ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab.

Die Mitgliederversammlung wurde durch den Vorsitzenden Generaldirektor **Dr. ing. e. h. Köttgen**, eröffnet. Er führte in seinen Darlegungen aus, wenn auch gegenüber dem Vorjahre gewisse Ansätze einer Entspannung im Bilde der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft zu erkennen seien, so sei doch eine grundsätzliche Wandlung der deutschen Wirtschaftslage nur dann zu erwarten, wenn nicht politische Einwirkungen von außen und innen neue Hemmungen und Rückschläge herbeiführten. Die Vereinigung erwarte von dem neuen Kabinett, daß es an der wirtschaftlichen Grundidee der früheren Regierung, die eine organische Heilung unserer wirtschaftlichen und sozialen Nöte nur von einer Belebung der privaten Wirtschaftsführung erwartete, festhalte. Die deutschen Arbeitgeber forderten hierzu Herstellung der nötigen Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaftsführung und Beseitigung der Hemmungen, die der vollen Entfaltung der unternehmerischen Kräfte im Wege stehen. Sie forderten ferner die Ausschaltung unsachlicher politischer Einflüsse auf die private Wirtschaftsführung, insbesondere in der Lohnbildung, und die Wiederherstellung der eigenen Verantwortlichkeit der Parteien des Arbeitsvertrages.

An diese mit lebhaftem Beifall der zahlreichen Versammlung begrüßten Ausführungen schloß sich **der Geschäftsbericht** an. Diesen erstattete das geschäftsführende Präsidialmitglied, **Regierungspräsident z. D. Brauweiler**, der sich nach einem Ueberblick über die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Jahre 1932 eingehend mit der Frage der Arbeitsbeschaffung und der Abgrenzung zwischen öffentlicher und privater Auftragsbegebung befaßte und sodann die grundsätzlichen Fragen durchsprach, die zurzeit auf dem Gebiete von Lohn und Arbeitszeit sowie der Sozialversicherung und Arbeitslosenfürsorge vor uns stehen.

Ueber den **Freiwilligen Arbeitsdienst** sprach **Reichsarbeitsminister Dr. Syrup.**

Die Gestaltung des Arbeitsdienstes

Ein Mitarbeiter der Münchener Telegrammzeitung befragte den neuen Reichsarbeitsminister Dr. Syrup über die künftige Gestaltung des Arbeitsdienstes.

Die offenen Lager oder Tageslager, die ihre Mitglieder nur bei Tage zusammenhalten, werden, wie Dr. Syrup erklärte, den Winter über aufgelöst, während die geschlossenen Lager mit ständiger Lagergemeinschaft nach Möglichkeit beibehalten werden sollen.

Ueber weitere grundsätzliche Maßnahmen für das kommende Jahr wird Minister Syrup noch mit dem Reichskabinett beraten. Jedenfalls wird die gegenwärtige Regelung, die sich bestens bewährt hat, im allgemeinen beibehalten werden.

Der Aufbau aus den Verbänden gebe dem Arbeitsdienst den lebendigen Impuls, während eine Organisation von oben zu einer unpersönlichen Bürokratisierung führen würde. Es sei auch verfehlt, mit besonderen geistigen und wissenschaftlichen Ideen in die Arbeitslager einzudringen und die Jugend schulmeisterlich behandeln zu wollen.

Die christlichen Gewerkschaften und der Reichspräsident

Auf einer Kartellversammlung der christlichen Gewerkschaften in Köln befaßte sich der **Landesgeschäftsführer Jakob Kaiser** mit der gegenwärtigen Lage der deutschen Innenpolitik. Nachdem er sich u. a. mit dem Kabinett von Papen kritisch auseinandergesetzt hatte, streifte er kurz die Haltung der christlichen Gewerkschaften zum Reichspräsidenten.

Nach einem Bericht der „Kölner Volkszeitung" führte Kaiser dabei u. a. aus: Wir haben in den letzten Tagen die Möglichkeit gehabt, mit Hindenburg zu sprechen. Wir haben ihm die Not des Volkes geschildert. Wir fanden ein offenes Ohr. Und ich darf noch eines sagen: Wir haben nicht anders gekonnt, als dem Reichspräsidenten auch ein offenes Wort darüber zu sagen, wie schmerzlich es dem Volke, vor allem der Arbeiterschaft, war, daß sich zwischen ihn und das Volk die störende Wand einer so volksfremden Regierung stellen konnte. Unter sichtbarer Bewegung sagte uns der Reichspräsident, daß er sich nie vom Volke getrennt habe. Er habe in seinem ganzen Leben zu den einfachen Menschen des Volkes

Klärung in Preußen?

Fühlungnahme der NSDAP. mit der DNVP.

Wie das VDZ.-Büro meldet, wird in der Frage der Regierungsbildung in Preußen eine gewisse Klärung bereits am Donnerstag zu erwarten sein. Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages will schon Donnerstag früh den Nationalsozialisten ihre Antwort auf ein Angebot überreichen, daß sich auch die Deutschnationalen an den preußischen Regierungsbildungsverhandlungen beteiligen möchten, wie es die Parteileitung der NSDAP. gewünscht habe. Es verlautet, daß die deutschnationale Antwort keineswegs grundsätzlich ablehnend ausfallen und weitere Verhandlungsmöglichkeiten offen lassen werde.

Die Fühlungnahme soll auf Anregung des Reichspräsidenten erfolgt sein.

*

Eine spätere Meldung aus Berlin berichtet: Nach dem Verlauf der Besprechungen in Preußen rechnet man in unterrichteten parlamentarischen Kreisen nicht damit, daß es Donnerstag zur Wahl des neuen preußischen Ministerpräsidenten kommt. In der Unterredung mit dem Landtagspräsidenten Kerrl haben sich die Deutschnationalen im wesentlichen darauf beschränkt, die Mitteilungen entgegenzunehmen. Sie werden ihrem Parteiführer Hugenberg Bericht erstatten, und danach wird von deutschnationaler Seite gegangen werden.

Die Aussichten einer Verständigung werden aber recht skeptisch beurteilt. Das Zentrum will unter keinen Umständen ein preußisches Kampfkabinett gegen das Reich bilden, vielmehr nur in einer preußischen Regierung mitwirken, die die Gewähr dafür bietet, daß die Reichsmaßnahmen gegen Preußen abgebaut werden. Auf der anderen Seite sind die Deutschnationalen gegen eine Wiederkehr des Dualismus. Offenbar besteht bei den Nationalsozialisten, die bekanntlich den jetzigen Reichstagspräsidenten Göring für die Ministerpräsidentschaft nominieren, Neigung zu einem gewissen Entgegenkommen insofern, als sie bereit wären, die Verbindung mit dem Reich durch ein Mitglied des neuen preußischen Kabinetts herzustellen. Nach Informationen aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen denken sie aber wohl nicht daran, diese Aufgabe dem Ministerpräsidenten zu übertragen. Man schließt aus dieser Haltung, daß sie vermeiden wollen, ihrem Ziel einer Reichslösung mit Adolf Hitler Schwierigkeiten zu bereiten. Deshalb steht bei ihnen der Gedanke im Vordergrund, den preußischen Innenminister zum Verbindungsmann zu machen. Ein solcher Vorschlag würde aber nicht ausreichen, um das Reich zur Aufhebung seiner Maßnahmen zu veranlassen, und damit bliebe die Voraussetzungen des Zentrums für seine Beteiligung unerfüllt. Diese Gegensätzlichkeit ist die Kernfrage.

Reichskabinetts-Beschlüsse

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Mittwoch zunächst einen eingehenden Bericht des Reichsaußenministers über

die außenpolitische Lage

und namentlich über die Verhandlungen in Genf entgegengenommen. Er fand die einstimmige Billigung des Kabinetts, besonders auch, so weit er sich auf die Haltung des Außenministers bezog.

Das Kabinett hat sich dann weiter mit dem Vorschlag beschäftigt,

ein Werkjahr oder ein halbes Werkjahr für die Abiturienten

vorzuschreiben, die zum akademischen Studium zugelassen werden wollen. Es wurde aber davon Abstand genommen, diese Neuerung bereits zum 1. April einzuführen, weil die technischen und organisatorischen Vorbereitungen nicht in dieser kurzen Zeit so schnell bewältigt werden können. Dagegen soll zunächst auf einen

möglichst starken Einsatz der akademischen Jugend für den freiwilligen Arbeitsdienst

hingewirkt werden. Der Reichsinnen- und der Reichsarbeitsminister werden zusammen mit dem Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst diese Materie weiter bearbeiten und dem Kabinett dann entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Wie angekündigt, hat das Kabinett auch die Abgrenzung des Arbeitsgebietes und der

Zuständigkeit des neuen Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung

beschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen in einer Verordnung festgelegt, die zusammen mit den sachlichen und grundsätzlichen Richtlinien der Arbeitsbeschaffung veröffentlicht werden wird.

Schließlich hat sich das Reichskabinett auch noch mit der

Winterhilfe

beschäftigt. Die beteiligten Ministerien haben ihre Vorschläge mitgeteilt, und es wurde ihnen aufgetragen, sie zu einer Verordnung zusammenzufassen, mit der das Reichskabinett sich dann sobald wie möglich befassen wird.

Mit der Aufhebung der Sondergerichte und der Milderung der Terror- und Presseverordnung hat sich das Kabinett, dem Programm entsprechend, noch nicht befaßt. Sie bleiben einer Kabinettssitzung vorbehalten, die für Samstag in Aussicht genommen ist und diese Fragen bereits so stark fördern soll, daß die Verkündung im Laufe der nächsten Woche erfolgen kann. Reichskanzler von Schleicher wird auf diese Fragen bereits in seiner angekündigten Rundfunkrede eingehen.

Das Unglück im Gütschtunnel

Ein Augenzeuge des Zusammenstoßes im Gütschtunnel, der sich zufällig in der Nähe des Tunneleinganges befand, schildert in der „Neuen Züricher Zeitung" die Vorgänge wie folgt:

Als der Züricher Zug in den Tunnel eingefahren war, hörte man plötzlich ein furchtbares Krachen. Der Augenzeuge lief mit zwei anderen Personen zum Tunnel, wo er

zwei ineinander verkeilte Züge

sah. Schreie und Hilferufe ertönten aus der Finsternis. Noch war das Knirschen und Stöhnen des Materials nach dem verheerenden Zusammenprall zu vernehmen. Im Verein mit dem überlebenden Zugpersonal und beherzten Passagieren wurden die ersten Hilfeleistungen vorgenommen. Eine Orientierung war in der Dunkelheit in dem schrecklichen Chaos zuerst fast unmöglich, da die Lichtdrähte der elektrischen Führung gerissen waren. Nur aus einzelnen Wagen tauchten ein Paar Lichter auf.

Beide Maschinen waren ineinander geschachtelt.

Die von Luzern kommende hatte sich fast ganz über die andere gelegt. Der Lokomotivführer des einen Zuges war in den Führerstand eingeklemmt und tot, die Hand noch auf dem Bremshebel. Der Packwagen des Gotthardzuges war ganz bis zur Wölbung des Tunnels gehoben worden. Eine Reihe anderer Wagen wurde vollständig zertrümmert. Beim Züricher Zug ist der Wagen zweiter Klasse schwer beschädigt. Der nachfolgende Packwagen war in ihn hineingetrieben worden. Die Verschachtelung war so stark, daß

mit Schweißapparaten zu Werk gegangen werden mußte, um in das Innere eindringen zu können.

Zwei Postbeamte des gänzlich zertrümmerten Postwagens hatten sich durch Abspringen gerettet.

Ein anderer Augenzeuge, der sich im zweitletzten Wagen des Züricher Zuges befand, erzählt in der gleichen Zeitung, daß im Tunnel plötzlich

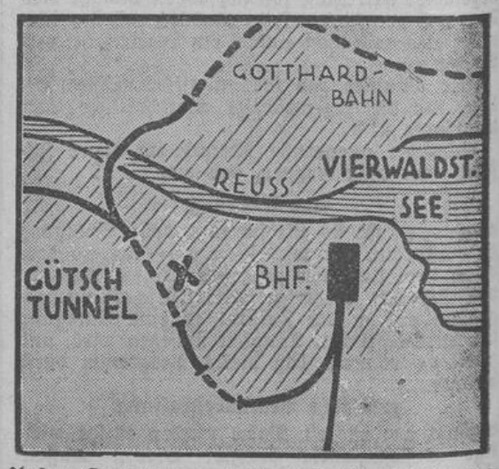
ein furchtbarer Stoß

erfolgte, durch den er sowohl wie die übrigen Passagiere von ihren Sitzen geschleudert wurden. In diesen beiden letzten Wagen gab es aber wunderbarerweise keine ernsteren Verletzten.

Drei Minuten nach dem Unglück drangen vier Mann des Militärsanitätsvereins, die sich zufällig in der Nähe befanden, in den Tunnel ein und leisteten mit dem Bahnpersonal und einigen Passagieren die erste Hilfe. Die meisten Verunglückten trugen Arm- und Beinbrüche, Hals-, Knie- oder Kieferverletzungen davon. Wie man aus dem Sanatorium Frankenhausen hört, liegen dort zwei Schwerverletzte, an deren Aufkommen gezweifelt wird. Einem der Verletzten mußte das Bein amputiert werden.

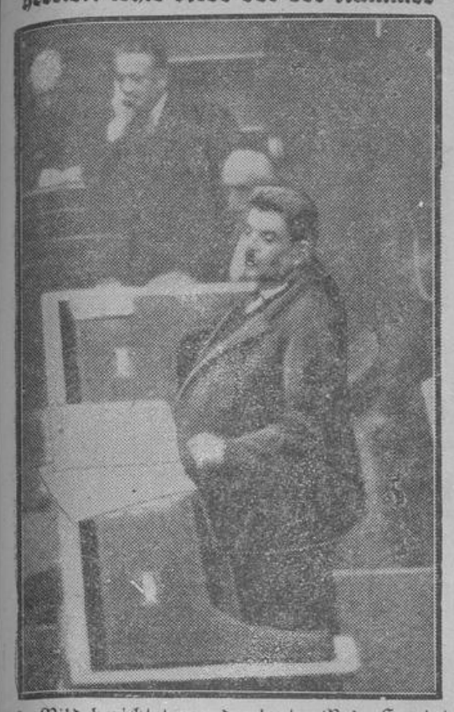
Nachdem die elektrischen Leitungen für die Beleuchtung gebaut waren, wurden die Aufräumungsarbeiten mit größter Beschleunigung aufgenommen. Mit unverminderter Energie wurde die Rettungsaktion während der ganzen Nacht fortgesetzt.

Hier ereignete sich das Eisenbahnunglück



Unsere Darstellung zeigt einen Stadtplan von Luzern am Vierwaldstätter See, wo im Gütsch-Tunnel, unmittelbar vor der Station Luzern — in der Karte durch ein Kreuz noch besonders gekennzeichnet —, der Zusammenstoß zweier Schnellzüge stattfand

Herriots letzte Rede vor der Kammer



Unser Bild berichtet von der letzten Rede Herriots vor der französischen Kammer, in der er die Deputierten bewegen wollte, für die Schuldenzahlung an Amerika zu stimmen. Nach dieser anderthalbstündigen Rede wurde das Kabinett Herriot durch Abstimmung gestürzt

gestanden. Und als ein sprechendes Beispiel dafür sprach er uns von seiner Verbundenheit mit seinen Soldaten. So, wie er schon im Feldzug 1866 mit seinem Zug immer das gleiche Strohlager geteilt habe, habe er es innerlich stets gehalten. Nie werde er sich vom Volke trennen. Das ist Hindenburg, und das war wohl auch immer sein Wille. Die Reaktion hat seinen Willen nur anders gedeutet. Demgegenüber steht seine Gestalt als starke Abwehr einer Hitlerdiktatur. Dreimal hat er sich dieser Diktaturgefahr entgegengestellt. Es war das Hindenburgs geschichtliche Sendung in seinem hohen Alter.

Ein englisches Urteil über die deutsche Arbeitslosenfürsorge

Der Sonderberichterstatter des „News Chronicle", Hodson, der auf Grund einer Studienreise in Deutschland eine Anzahl von Aufsätzen über die Arbeitslosenfürsorge in Deutschland veröffentlichte, sagt heute in einer abschließenden Besprechung, trotz der niedrigen Arbeitslosenunterstützung in Deutschland sei ein großer Teil der Arbeitslosen infolge der geringeren Lebenshaltungskosten ebenso gut gestellt wie die besser bezahlten englischen Arbeitslosen. Der Verfasser schließt:

Man kann vielen der deutschen Fürsorgemaßnahmen die Bewunderung nicht versagen und ebenso der Energie, Organisation und Initiative, die bei der Behandlung des Arbeitslosenproblems zur Anwendung gebracht werden. Man fühlt sich zu der Vermutung veranlaßt, daß Deutschland den Wert des geistigen und körperlichen Wohles und der Belebung der Hoffnung höher einschätzt als England.

Wehrdebatte im österreichischen Nationalrat

Im österreichischen Nationalrat wurde das Gesetz über die Herabsetzung der Gebühren für die neu angeworbenen Soldaten verabschiedet. Im Laufe der Debatte wurde von den Rednern aller Parteien auf die Beschlüsse von Genf über die Stellungnahme Deutschlands in der Wehrfrage hingewiesen und daran die Erwartung geknüpft, daß auch Oesterreich in die Lage versetzt werden würde, über sein Wehrsystem selbst zu entscheiden. Von seiten der bürgerlichen Parteien wurde dabei entschieden die Notwendigkeit betont, zu einem System der allgemeinen Wehrpflicht zu gelangen, schon im Interesse der Erziehung und Ertüchtigung des Volkes, insbesondere der Jugend.

Abrüstungsverhandlungen

wieder am 31. Januar — Wiederaufnahme der deutschen Mitarbeit

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz trat unter dem Vorsitz Hendersons zu einer Sitzung zusammen. An die Verlesung des **Fünf-Mächte-Abkommens** vom 11. d. M. schloß sich eine längere Aussprache an, in der der englische Außenminister **Sir John Simon** und mehrere andere Delegierte den Vertreter Deutschlands, Gesandten **von Weizsäcker**, herzlich begrüßten.

Die Vertreter Polens und der Kleinen Entente ließen ihre **Abneigung gegen den Inhalt des Fünf-Mächte-Abkommens** in einer Reserve gegen die Methoden separater Großmächte-Besprechungen fühlen, nahmen jedoch nicht gegen die Vereinbarung selbst Stellung. Der Vertreter Polens erklärte, die polnische Regierung behalte sich das Recht vor, in den Verhandlungen der Konferenz zu den einzelnen Vereinbarungen ihren Standpunkt darzulegen.

Auch die Vertreter anderer kleinerer Mächte machten Vorbehalte hinsichtlich der Methode privater Großmächte-Besprechungen.

Unter dem lebhaften Beifall der Mehrzahl der Delegierten sprachen **die Vertreter Ungarns und der Türkei ihre Genugtuung** über das Abkommen, das **Deutschland die Rückkehr ermöglicht** habe, aus. Sehr herzlich wurde der deutsche Vertreter von den **Delegierten Rußlands** und Chinas begrüßt. **Litwinow** führte mit beißendem Sarkasmus an der Methode der Großmächte-Besprechungen herbe Kritik. Er sprach ironisch die Hoffnung aus, daß in den nächsten Monaten nun auch wirklich etwas auf dem Gebiete der Abrüstung getan werde.

Zum Schluß gab auch der Präsident der Konferenz, **Henderson**, seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß Deutschland wieder seinen Platz in der Konferenz eingenommen habe.

Der deutsche Vertreter **Freiherr von Weizsäcker** dankte dem Vorsitzenden und den zahlreichen Rednern für die warmen Worte des Willkommens bei der Rückkehr Deutschlands in die Konferenz. Er erklärte, daß die deutsche Delegation wieder die Arbeit in der Konferenz in vollem Umfange aufnehmen werde, so bald sie nach Weihnachten wieder zusammentritt. Er [illegible] zeugt, daß in der Anwendung der Vereinbarung vom 11. Dezember keine unerwarteten Schwierigkeiten und Hindernisse auftreten, und die neue Lage daher keine neuen Entscheidungen erfordern würde. Die Vereinbarung vom 11. Dezember sei im Geiste guten Willens und Vertrauens geschlossen worden, und er hoffe, daß die Konferenz in diesem Geiste zu schnellen und wirksamen Ergebnissen führen werde.

Der Hauptausschuß vertagte sich auf den 31. Januar 1933. Vorher wurde einstimmig eine Entschließung zu der Vereinbarung der fünf Mächte vom 11. Dezember angenommen.

Der Zahltag der Amerika-Schulden

Englands Schatzkanzler über die Zahlung

Schatzkanzler Chamberlain eröffnete in Abwesenheit Macdonalds die allgemein mit großer Spannung erwartete Unterhausdebatte über die amerikanischen Kriegsschulden mit einer Rede, in der er mit Nachdruck betonte, daß nur eine Prüfung der gesamten Geschichte der Schulden- und Reparationsfrage die Einsicht ermögliche, wie stark der Rechtstitel Englands für seine Forderung auf Revision der ganzen Angelegenheit sei. **Präsident Hoover** habe seinerzeit nicht nur ein Moratorium für die Kriegsschulden vorgeschlagen, sondern implicite den Zusammenhang zwischen Kriegsschulden und Reparationen anerkannt, weil er vorschlug, daß alle zwischenstaatlichen Schulden suspendiert werden sollten.

Chamberlain unterstrich, daß die Regierung eine Zahlungsverweigerung der Dezemberrate nicht in Erwägung ziehen könnte. Die Verweigerung der Zahlung einer Summe, von der sie nicht wahrheitsgemäß behaupten könnte, daß sie zu deren Leistung nicht in der Lage ist, würde in der ganzen Welt Rückwirkungen haben, und es könnte als die Rechtfertigung für andere Schuldverweigerungen genommen werden. Es würde der Moral des englischen Volkes einen Stoß versetzt haben und könnte eine tiefe Wirkung auf die ganze englische Auffassung der Bedeutung von Verpflichtungen, ob sie nun privat oder öffentlich sind, gehabt haben, deren Ausmaß nur geschätzt werden könnte. Chamberlain betonte den Satz in der britischen Note, in der darauf bestanden wird, daß die Zahlung am 15. Dezember nicht so ausgelegt werden dürfe, daß sie als ein Wiederaufleben des vor dem Moratorium bestehenden Systems ausgelegt werden könnte. Die Zahlung würde in Gold in Newyork erfolgen, und zwar auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Federal Reserve Bank und der Bank von England.

Am Schluß seiner Rede, die von dem ganzen Hause mit größter Aufmerksamkeit und Sympathie angehört wurde, erklärte Chamberlain: Wir wünschen ernstlich, eine endgültige und befriedigende Regelung mit den Vereinigten Staaten zu treffen, die, wie man hoffen könne, nicht nur den beiden Ländern, sondern der ganzen Welt nützen würde. Aber es sei wichtig, daß alles Mögliche getan werde, um die in Lausanne erzielte Regelung zu retten. Von der Erhaltung dieser Regelung müsse die Fortsetzung der Harmonie unter den europäischen Nationen abhängen, wie auch in großem Maße die Stabilität und Sicherheit der Finanzlage in einem großen Teil Europas.

In der Unterhausdebatte

kam nach Chamberlain der Abgeordnete der Labour-Party, **Stafford Cripps**, zum Wort, der die Abrüstungspolitik der englischen Regierung in Genf kritisierte und betonte, daß eine aktivere Politik Englands in dieser Frage die Position des Landes in der Schuldenfrage gestärkt hätte.

Churchill warf der Regierung vor, daß sie die Schuldenfrage falsch behandele. Der Redner erklärte im Hinblick auf die Haltung Frankreichs, daß England jetzt, da es in seinen Verhandlungen mit Amerika keine Rücksicht auf Frankreich nehmen müsse, bessere Aussichten auf eine günstige Lösung hätte. Die Zahlungen müßten geleistet werden, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Frankreichs Nichtzahlung wird in Washington ignoriert

Aus Washington, 14. Dez., wird gemeldet:

Die französische Zahlungsweigerung hat in amtlichen Washingtoner Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen, da sie gehofft hatten, daß Frankreich noch im letzten Augenblick zahlen würde. Die französische Entscheidung wird in politischen Kreisen als ein schwerer Fehler betrachtet, die eine später zu erwartende Kriegsschuldenrevision nahezu unmöglich mache. Die Kongreßkreise sind zum Teil über Frankreichs Weigerung erbittert und weisen erneut darauf hin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereits drei Viertel der französischen Kriegsschulden gestrichen habe. Ferner wird gesagt, daß Frankreich am wenigsten von der Krise betroffen worden sei, Goldvorräte aufgespeichert habe und Rüstungen finanziere, so daß es ohne weiteres zahlen könne. In politischen Kreisen wird anerkannt, daß die französische Entscheidung politischer Natur sei, andererseits aber darauf hingewiesen, daß Frankreich, selbst ein Großgläubiger, einen gefährlichen Präzedenzfall für die Schuldner Frankreichs geschaffen habe.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird offiziell die Nichtzahlung der französischen Dezemberrate ignorieren.

Die englische Zahlung

Die Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Federal Reserve Bank von Newyork über die technischen Einzelheiten der Zahlungen der britischen Schuldenrate an Amerika sind soweit beendet, daß die Rate in Höhe von 95 550 000 Dollar in Gold am Donnerstag in Newyork zur Verfügung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten stehen wird.

Wird er französischer Ministerpräsident?



Der Präsident der Radikal-Sozialistischen Partei Frankreichs, Daladier, wird als der neue französische Ministerpräsident genannt

Hoovers voraussichtliche Antwort an Frankreich und Belgien

Reuter berichtet aus Washington, 14. Dez.: Präsident Hoover wird wahrscheinlich Donnerstag eine Sonderbotschaft an den Kongreß richten, in der er diesem davon Mitteilung machen wird, welche Staaten die am 15. Dezember fällige Zahlung nicht geleistet haben. Gleichzeitig wird er vielleicht ankündigen, daß er zu einer neuen Prüfung der Schuldenfrage bereit sei. Da es kein Organ gibt, das die Zahlungen der Schuldner erzwingen könnte, werden sich die Parteiführer im Kongreß damit begnügen müssen, Mutmaßungen über die mögliche Rückwirkung der Nichtzahlung auf den Kredit der nichtzahlenden Staaten anzustellen.

14 Tote bei einem Felssturz bei einem spanischen Dorf — 4 Häuser zerstört

Aus Albacete (Spanien), wird gemeldet: Bei dem Dorfe Alcala del Jucar löste sich ein gewaltiger Felsblock, der in das Dorf hineinrollte.

Nach einer anderen Meldung handelt es sich um einen Erdsturz, der durch anhaltende Regengüsse in letzter Zeit hervorgerufen wurde. Die Massen rollten über vier Häuser. 11 Tote und 14 Schwerverletzte sind zu beklagen.

Ein unheimlicher Besucher im Washingtoner Repräsentantenhaus

Aus Washington wird berichtet: In der Sitzung des Repräsentantenhauses kam es zu einem aufregenden Vorfall. Mitten in der Verhandlung erhob sich auf der Publikumstribüne ein Unbekannter, der einen Revolver zog und ihn gegen die Abgeordneten richtete, wobei er schrie, er verlange für einige Minuten das Wort. Der Vorfall hatte auf der Tribüne eine Panik zur Folge; die Besucher flüchteten zum Ausgang und auch mehrere Abgeordnete eilten aus dem Saal heraus. Die Debatte wurde unterbrochen. Beamte des Hauses umringten den unheimlichen Besucher; sie befahlen ihm, den Revolver wegzuwerfen, was ohne Widerspruch geschah. Die Waffe war geladen. Der Unbekannte wurde in Haft genommen.

Bisher 258 Tote bei einer Pockenepidemie in Teheran

In Teheran herrscht seit einigen Monaten eine furchtbare Pockenepidemie. Von 422 Pockenerkrankungen sind seit dem 1. Oktober 258 tödlich verlaufen.

Neue Rekordfahrt der „Bremen"

Nach einer Radiomeldung aus Newyork legte Schnelldampfer „Bremen" auf seiner letzten Ausreise die Fahrt über den Nordatlantik in vier Tagen 15 Stunden 56 Minuten zurück und verbesserte somit seine bisher kürzeste Reisedauer der reinen Ozeanfahrt um 47 Minuten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit des Schiffes betrug 27,57 Seemeilen.

Otto Riemscheid
Kaufhaus für Lebensmittel, Burscheid
Hauptstraße, Fernsprecher 201

Für den Weihnachtstisch empfehle ich



Weine, Liköre, Spirituosen, Delikatessen Konserven

Frühstücks-Körbchen in allen Preislagen

Eigene Kaffeerösterei

4-Zimmerwohnung
und Badezimmer in Burscheid baldigst zu mieten gesucht
Angebote mit Preisangabe unter L. S. 233 an die Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten erbeten



Gewinnauszug
3. Klasse 40. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 14. Dezember 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 98694
6 Gewinne zu 5000 M. 63912 177510 190708
4 Gewinne zu 3000 M. 313614 395469
10 Gewinne zu 2000 M. 140313 245529 254020 337265 386832
14 Gewinne zu 1000 M. 3139 62153 73116 83753 119678 214796 325292
22 Gewinne zu 800 M. 52901 84047 94001 127761 161200 218570 252999 267436 301411 318166 388485
54 Gewinne zu 500 M. 14504 16418 21159 49430 58997 100637 114202 125323 167674 209083 235350 250640 251030 281190 289326 325954 331833 332878 335912 341284 344284 352854 355976 356732 360046 375270 380172

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 252453
4 Gewinne zu 2000 M. 48873 362309
26 Gewinne zu 1000 M. 15869 22609 32146 123864 145973 152302 189256 238123 248456 283045 306265 326275 398197
38 Gewinne zu 800 M. 29984 31529 38466 43383 123312 132155 167421 167472 168600 228796 229279 230484 254940 262895 271685 280541 301849 344557 359806
44 Gewinne zu 500 M. 11017 21307 22243 27335 31063 41999 54614 72441 86467 89273 125723 189570 224820 228887 229986 246208 281825 292244 296633 297923 305167 364603

Denken Sie an die letzten Tage der

Wermelskircher Weihnachts-Messe

und die Vorteile, die Ihnen

bis Sonntag, 18. Dezember, einschließlich, geboten werden

Die Ausgabe der Geschenke erfolgt ab Dienstag, den 20. Dezember

Sonntag, 18. Dezember, von 2—7 Uhr geöffnet!

Bergische Kaufmannschaft des Einzelhandels (Ortsgruppe Wermelskirchen)

Den geehrten Einwohnern von Hilgen und Umgebung empfehle ich mich im

Mitbringen sowie im Verkauf von sämtlichen Sorten Gemüse, Obst und Südfrüchte

in allerbester, frischer Qualität, bei billigster Berechnung. Ich fahre jede Woche 4 mal zur Hauptmarkthalle in Köln. Hochachtungsvoll

Hugo Röntgen, Hilgen 52

Wohnhaus

mit 5 Zimmer, ganz oder geteilt zu vermieten.

Hilgen, Kölnerstraße 3

Hobelbank und antiker Eichenschrank

billig zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Modernes Kaufhaus

Alwill Thomas jr., Wermelskirchen

Nur noch 4 Tage bin ich hier

Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag

Nikolaus-Abschiedsfeier

Für alle lieben Kinder

eine Ueberraschung

Kinder werden nur in Begleitung Erwachsener zugelassen

Der Nikolaus

Sonntag, den 18. Dezember, von 2 bis 7 Uhr geöffnet!

Kasino Blasberg

Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8.30 Uhr

Versammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge.
2. Besprechung wegen Bestellung von Thomasmehl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Vertrauens-Person

von der größten deutschen Krankenversicherung mit guter

Verdienstmöglichkeit

sofort gesucht. — Angebote unter „P. S. 28" an die Geschäftsstelle dsr. Ztg.

Schmiede-Gebäude

zirka 60 qm, guterhalten, **auf Abbruch** zu verkaufen.

Schultes, Höhestr. 18.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode meines geliebten Gatten, unseres teuren Vaters, sprechen wir unseren tiefempfundenen Dank aus.

Frau Helene Videnz
Maria Videnz
Hildegard Videnz

Burscheid, im Dezember 1932.

Ergänzungswahlen
zur Industrie- und Handelskammer zu Solingen.

Bei den gestrigen Ergänzungswahlen sind im Wahlbezirk 2 (früherer unterer Landkreis Solingen) in der Wahlabteilung 1 (chemische Industrie) **Herr Otto Loosen, Leverkusen-Schlebusch,** und in der Wahlabteilung 2 (übrige Industrie) **Herr Fritz Rosenkaimer, Leichlingen,** zu Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer wiedergewählt worden.

Etwaige Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb zweier Wochen bei der unterzeichneten Industrie- und Handelskammer anzubringen.

Solingen, den 14. Dezember 1932.

Die Industrie- und Handelskammer.

MÖBEL

haben grade jetzt den tiefsten Stand der Preise erreicht.

Einige Beispiele:

Küchen
Büfett, Anrichte, Tisch, 2 Stühle
von 148 Mark an

Kirschbaum Küche
Büfett, Anrichte, Tisch, 2 Stühle
315 Mark

Schlafzimmer
in Eiche mit Nußbaum
von 350 Mark an

Sofas
in Mokett
von 58 Mark an

Flurgarderoben
von 32 Mark an

Sessel- und Kleinmöbel
zu billigsten Preisen empfiehlt

Möbelhaus KUHLER
Burscheid
Altenbergerstr. 3, Tel. 593

Das herrschaftliche Wohnhaus

mit schönem Obsthof u. Garten **Hauptstraße 94** ist ganz oder geteilt zu vermieten.

Näheres zu erfahren bei der **Bergischen Kerzenfabrik, Burscheid.**

---

3 bis 4 Zimmer

zu vermieten.

Fr. Hugo Peters
Oberlandscheid.

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten
zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig

Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Geld für alle Zwecke

auch für Neukauf von Möbeln, landw. Maschinen und Vieh bei kleinsten Rückzahlungsraten bis 6 Jahre zu 4% Jahreszinsen.

Phöbus Aktiengesellschaft
Bez. Rhein-Wupper
Köln, Hochstadenstr. 35.

Ich erteile Auskunft über

Steuer-Gutscheine

und stelle Anträge für Gewerbetreibende und Haus- und Grundbesitzer.

Willi Peters
Steuer- und Wirtschaftsberater, **Burscheid, Höhestraße 20, Telefon 485.**

Lebensmittel

in Präsentkörbchen

sind willkommene Weihnachtsgeschenke

Willi Claas
Lebensmittelgeschäft, Luisenstraße 13
Fernruf 547

Radio-Apparate u. Lautsprecher



in jeder Preislage finden Sie im

Spezialgeschäft für Elektrotechnik

Alfred Rosselnbruch
Burscheid, Luisenstraße

Jazz-Trio

sucht für Sonntags Beschäftigung. Billige Preise. Offerten unter K. W. 500 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Inserieren bringt Gewinn

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 294 2. Blatt Donnerstag, 15. Dezember 1932

Weihnachtsvorbereitungen in Stadt und Land

Mit Riesenschritten kommen wir dem Weihnachtsfeste näher. Nun gilt es überall, sich für diese frohen Tage zu rüsten, und wer in Stadt und Land Umschau hält, macht die Feststellung, daß die Geschäftsleute mit Sorgfalt und Sachkenntnis dabei sind, ihre Weihnachtsausstellungen fertig zu stellen. Der Zeit entsprechend zeigen viele Auslagen praktische Artikel, aber auch die Kinder kommen nicht zu kurz durch mancherlei Spielzeug, das nachher das Christkindchen bringen wird.

Wie nun der Käufer Tag um Tag Umschau hält, wie er sein Geld nutzbringend und nach Wunsch anlegt, so hält der Geschäftsmann Ausschau nach den Weihnachtskunden, die ihm seine Ware und damit auch einen Großteil von Sorgen abnehmen sollen. Die Geschäftsleute werden schon im Verlauf der Jahre die Erfahrung gemacht haben, daß sie vergeblich auf den Kundenstrom warten, wenn sie sich nicht einer altbewährten Kaufvermittlerin in unserer Heimat bedienen. Diese nachweislich bewährte treue Stütze ist Tag für Tag im Anzeigenteil des „Bergischen Volksboten" zu finden. Hier hat man die beste Gelegenheit zu einem Heer von Tausenden Bewohnern der Heimatgemeinde und darüber hinaus zu sprechen und zum Besuch aufzufordern. Nur hier ist nach alter Erfahrung der wirkliche Erfolg für den denkenden und rechnenden Kaufmann zu finden.

Weihnachtsausstellungen und Weihnachtsanzeigen stehen in engster Verbindung miteinander. Bei unseren Mitbürgern wird nach einer alten Gewohnheit erst „das Blättchen" zur Hand genommen, ehe man sich zum Einkauf rüstet. Die Heimatzeitung erleichtert die Auswahl passender Geschenke und der mit einem Erfolg rechnende Kaufmann bevorzugt sie deshalb für seine Weihnachtswerbung.

„Kinder, seid vorsichtig beim Eislaufen!"



Zwei furchtbare Unfälle in Westdeutschland geben Veranlassung, die Kinder wieder auf die Gefahren hinzuweisen, die ihnen beim Eislauf infolge ungenügender Dicke des Eises drohen: in Roxheim tummelten sich sechs Kinder auf der dünnen Eisdecke des Altrheinarms, brachen plötzlich ein und ertranken. Ähnlich verlief ein Unfall in Senheim an der Mosel: auch dort vergnügten sich Kinder auf einem zugefrorenen Tümpel am Moselufer, als das Eis brach, fünf Kinder unter die Eisdecke gerieten und ertranken

Heute Kanzlerrede im Rundfunk

Nach Mitteilung von zuständiger Stelle steht nunmehr fest, daß die Rundfunkrede des Reichskanzlers am Donnerstag um 19 Uhr beginnen wird. Sie wird voraussichtlich eine Stunde dauern.

Die Rede wird, nachdem sie über alle deutschen Sender verbreitet worden ist, auszugsweise in englischer Uebertragung durch einen deutschen Kurzwellen-Sender auch nach Amerika gefunkt werden.

Geburt und Tod in Stadt und Kreis

Im Kreise mehr Geburten als Sterbefälle — In Burscheid und Witzhelden mehr Sterbefälle als Geburten

Dr. Salgendorff übergibt der Presse eine längere Abhandlung aus der Gesundheitsstatistik im Rhein-Wupper-Kreis, der u. a. zu entnehmen ist:

Nach den Büchern der Standesämter sind im Jahre 1931 im Rhein-Wupper-Kreis 600 Kinder mehr geboren worden als die Zahl der Sterbefälle betrug. Die nach den Angaben der Meldeämter berechnete Einwohnerzahl des Kreises ist von Ende 1930 bis Ende 1931 um 997 Personen gestiegen. Die Zahl der neugeborenen Kinder betrug im Jahre 1931 im ganzen 2060 (1930 2259); für Burscheid lauten die Zahlen 65 und für Witzhelden 16. Die Geburtenzahl ist somit weiter zurückgegangen. Die Zahl der Sterbefälle hat dagegen zugenommen, sie erreichte im Rhein-Wupper-Kreis 1401 (1930 1343); in Burscheid 69, in Witzhelden 17. Dadurch ist der Geburtenüberschuß, d. h. der Unterschied zwischen der Zahl der lebend geborenen Kinder und der Gesamtzahl der Verstorbenen, auf 600 (gegen 851 im Jahre 1930) gefallen. Aus den Zahlen ergibt sich ein weiteres Ansteigen des Durchschnittsalters der Kreiseingesessenen mit der bedrohlichen Aussicht der Ueberalterung der Bevölkerung.

Als Maßstab für den allgemeinen Gesundheitszustand einer Bevölkerung nimmt man gerne die Zahlen der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulosesterblichkeit. Es starben im Jahre 1931 im Rhein-Wupper-Kreis 112 Kinder (= 5,6 auf je 100 Lebendgeborene) im ersten Lebensjahr und 71 Kinder (= 3,55 auf je 100 Lebendgeborene) im ersten Lebensmonat; für das Jahr 1930 waren die entsprechenden Zahlen 119 (= 5,42 Prozent) und 82 (= 3,74 Prozent). In Burscheid starben im ersten Lebensjahr und im ersten Lebensmonat je ein Kind, während in Witzhelden kein Kind in diesem Alter starb. Die Zahl der an Tuberkulose verstorbenen Kreisbewohner betrug 85 (gegen 87 im Jahre 1930), ist also jedenfalls nicht größer geworden. Die vielerorts gemachte Beobachtung, daß die Tuberkulose trotz der wirtschaftlichen Not weiter Bevölkerungskreise im Jahre 1931 nicht zugenommen hat, scheint auf für den Rhein-Wupper-Kreis zu gelten. Wenn man unseren Kreis in einen rheinischen Teil (mit den Gemeinden Leverkusen, Opladen, Hitdorf, Monheim, Baumberg und Richrath-Reusrath) und in einen bergischen Teil mit den übrigen Gemeinden zerlegt, so hat der rheinische Teil mit 84 713 Einwohnern im Jahre 1931 55 Tuberkulosetodesfälle (= 6,49 auf je 10 000 Einwohner) und der bergische Teil mit 65 918 Einwohnern 30 Tuberkulosetodesfälle (= 4,55 auf je 10 000 Einwohner) gehabt. Die Sterblichkeit an Tuberkulose war also im Jahre 1931 im rheinischen Teil des Kreises erheblich größer als im bergischen Teil, aber im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt auch hier noch recht günstig. Burscheid zählte keinen Tuberkulosentoten, während Witzhelden einen aufwies. Wie sehr die Tuberkulose dank den Bekämpfungsmaßnahmen im ganzen zurückgegangen ist, geht daraus hervor, daß man um die Jahrhundertwende noch mit Sterblichkeitsziffern von über 20 auf 10 000 Seelen rechnete.

Rein statistisch gesehen, spielt der Krebs jetzt eine größere Rolle als Todesursache als die Tuberkulose. Im Jahre 1931 sind im Rhein-Wupper-Kreise 147 Personen an Krebs gestorben. Es wäre indes falsch, daraus auf ein Umsichgreifen der Krebskrankheit zu schließen. Der Krebs ist vorwiegend eine Krankheit des hohen Alters, und es gelangen jetzt infolge des Ansteigens des Durchschnittsalters der Bevölkerung viel mehr Personen in ein „krebsfähiges" Alter als früher; außerdem wird die Krebskrankheit jetzt mittelst der Röntgenstrahlen viel öfters erkannt als früher.

Interessant ist noch die Bevölkerungsstatistik des Rhein-Wupper-Kreises im Jahre 1931: Einwohnerzahl 150 631, Zahl der Geborenen 2060, Zahl der Lebendgeborenen 2001, Zahl der Eheschließungen 1187, Zahl der Todesfälle (ohne Totgeburten) 1401, Geburtenüberschuß 600 (Burscheid hat hier ein Minus von vier, Witzhelden von eins), Zahl der im ersten Lebensmonat verstorbenen Kinder 71, Zahl der im ersten Lebensjahr verstorbenen Kinder 112, Zahl der Tuberkuloseverstorbenen 85.

Fall Berger vor dem Reichsgericht

Staatsanwalt legt Revision ein

Bekanntlich erschien am 9. Dezember der Schlosser Zeno Berger unter der Anklage des Totschlags, des versuchten Totschlags und des verbotenen Waffentragens aus politischen Motiven vor dem Düsseldorfer Schwurgericht. Berger hatte bei dem Zusammenstoß in Nürhausen am 31. Mai mehrere Schüsse abgegeben. Da nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den Schuß, durch den der Polizeibeamte Kehrer getötet wurde, abgefeuert hatte, ließ der Staatsanwalt die Anklage auf vollendeten Totschlag fallen, beantragte aber wegen versuchten Totschlags und verbotenen Waffentragens eine Gesamtstrafe von 19 Monaten Gefängnis. Das Schwurgericht stellte sich in seinem Urteil auf den Standpunkt, daß der Angeklagte sich in Notwehr befunden hatte und deswegen nur wegen verbotenen Waffentragens bestraft werden könne. B. erhielt deshalb sechs Monate Gefängnis. Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht in Leipzig eingelegt.

Optimismus in Zahlen

In der drückenden Not der Gegenwart klingen leise Töne des Optimismus an. Zaghaft noch, denn zu lange hat die Hoffnung auf Besserung getrogen, als daß jetzt auf einmal uneingeschränkter Zukunftsglaube uns beherrschen könnte. Man hört bald hier, bald da günstige Nachrichten über neue Arbeitereinstellungen, neues Schaffen, neues Vertrauen, ist aber zunächst allzu geneigt, dies als Stimmungsmache abzutun.

Woher denn aber diese „Stimmungsmache"? Ist uns nicht jahrelang alles schwarz in schwarz geschildert worden, und hatte nicht diese Schwarzmalerei durchaus ihre Berechtigung? Gewiß! Wir haben in Zeiten gelebt, in denen jede Besserung unserer Wirtschaftslage letzten Endes nur unseren politischen Gläubigern zugute kam, da Jahr für Jahr eine für Deutschland übergroße Reparationslast ins Ausland abgeführt werden mußte. Dieser Druck hat nachgelassen, die Hemmungen, die die gegenwertslose Uebertragung politischer Zahlungen der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in der Welt entgegengesetzt hatte, sind vermindert. Unser Volk kann wieder berechtigte Hoffnung hegen, daß die Früchte seiner Arbeit ihm selbst zugute kommen.

Sieht man die Dinge so an, so können wir mit Recht betonen, was nach den vergangenen Jahren schwerer Wirtschaftskrise trotz aller Nöte an Vertrauen geblieben ist, was wir als Grundlage für neuen Aufbau werten können. Und aus diesem Wissen um wichtige Aktivposten unseres Wirtschaftslebens wird weitere Hoffnung, weiteres Vertrauen wachsen, zumal — und das ist das Ausschlaggebende — sich diese Aktivposten in Zahlen wiedergeben lassen, die jedem einleuchten.

Gewiß: auch Zahlen können trügen. Und manche Statistik, die in den letzten Jahren aufgemacht wurde, schien das Urteil zu bekräftigen, daß man mit einer Statistik alles beweisen könne. Nicht so mit den Zahlen, die ein bedeutender Wirtschaftszweig Deutschlands aufweisen kann: das Versicherungswesen. Welch ein Vertrauensbeweis liegt darin, wenn die deutschen Versicherungsunternehmen heute mit einer Lebensversicherungssumme von rund 18 Milliarden Mark aufwarten können. Hier handelt es sich nicht nur um die Leistung der einzelnen Unternehmungen; vielmehr muß man erwägen, wieviele Leute Vertrauen zur kommenden Besserung haben müssen, damit diese gewaltige Lebensversicherungssumme zusammenkommen konnte.

Aber noch mehr Vertrauensbeweise gibt es hier. Muß es nicht jeden Deutschen nachdenklich stimmen und mit Stolz erfüllen, wenn zu einer Zeit, in der mancher Deutsche in falscher Verzagtheit seine Vermögenswerte im Ausland sicherstellen zu sollen meint, außerhalb der deutschen Grenzen soviel Menschen an die Güte und Erfahrung der deutschen Versicherungs-Gesellschaften glauben, daß nach der soeben veröffentlichten Statistik des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung im Jahre 1931 in einem Werte von fast 25 Millionen RM Prämienzahlungen ausländischer Lebensversicherter an deutsche Gesellschaften geleistet worden sind, wovon allein 20 Millionen auf die Victoria zu Berlin entfallen, die damit im Auslandslebensgeschäft unter den deutschen Gesellschaften obenan steht.

Hier ist nur ein Wirtschaftszweig behandelt. Aber wenn wir der Entwicklung anderer Wirtschaftszweige einmal nachgehen, werden wir auch da oft auf Ergebnisse stoßen, die uns in ähnlicher Weise als „Optimismus in Zahlen" mit berechtigter Zuversicht erfüllen können.

Keine wesentliche Zunahme

Stand der Arbeitslosigkeit im Rhein-Wupper-Kreis

	Arbeitsl.-unterstütz.-empfänger (Alu)	Krisenunterstützungsempfänger (Kru)	Wohlfahrtsunterstütz.-empfänger (Wohlu)	Arbeitsuchende insgesamt
31. Oktober	1932	2764	7224	11920
30. November	1451	2809	7266	11526
	−481	+45	+42	−394

Die Gesamtzahl der von den Wohlfahrtsämtern und Arbeitsämtern unterstützten Parteien schwankt seit Juli/August 1932, wo die Arbeitslosigkeit infolge der Sommerkonjunktur erheblich zurückging, zwischen 11 000 und 12 000 unterstützten Parteien, wie die folgende Aufstellung zeigt:

1. August 1932	11 741
1. September 1932	11 168
1. Oktober 1932	11 127
1. November 1932	11 920
1. Dezember 1932	11 526

Jedenfalls ist eine wesentliche Zunahme der unterstützten Parteien mit Beginn des Winters im Bezirk des Rhein-Wupper-Kreises nicht zu verzeichnen. Allerdings ist dieses Ergebnis wohl weniger auf Neueinstellungen zurückzuführen, die im wesentlichen nur einen sehr beschränkten Umfang annahmen. Die Hauptursache liegt in der Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung für die Alu- und Kru-Empfänger. Ferner ist zu bedenken, daß ein Drittel der im FAD beschäftigten Erwerbslosen, d. h. monatlich ungefähr 350 Personen, sich weder aus den Alu- und Kru- noch aus den Wohlu-Empfängern rekrutieren, sondern nicht unterstützte Arbeitsuchende sind, die in der Unterstützungsstatistik nicht erscheinen, obgleich auch sie letzten Endes aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Wieder wie in den Vormonaten ging auch im November die Zahl der Alu-Empfänger wesentlich zurück. Die Kru-Empfänger dagegen nahmen etwas, in einzelnen Gemeinden sogar erheblich, zu. Dieses Verhältnis zwischen Alu und Kru-Empfängern ist vor allem in den Gemeinden Berg. Neukirchen, Burscheid, Opladen und Leichlingen zu beobachten, in denen die im April ds. Js. entlassenen Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes vornehmlich ihren Wohnsitz haben, deren Alu-Zeit jetzt abgelaufen ist. Diese Alu-Empfänger wurden jedoch nur in Opladen voll von der Kru aufgenommen. In Berg. Neukirchen, Burscheid und Leichlingen fielen oder werden sie binnen kurzem der Wohlfahrt zur Last fallen, da in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern an diese Berufsgruppen keine Kru gezahlt wird. Die Wohlu-Empfänger zeigen auch in diesem Monat eine Zunahme. Von den Wohlfahrtsämtern werden jetzt 63 Prozent, von den Arbeitsämtern nur noch 37 Prozent aller Parteien unterstützt.

Milchwirtschaft unter Zwang

Die von Landrat Tapolski (Düsseldorf) in seiner Eigenschaft als Staatskommissar zur Regelung der Milchwirtschaft mit den Fachverbänden geführten Verhandlungen sind inzwischen soweit gediehen, daß der Zusammenschluß der einzelnen Milchwirtschaftsbetriebe im „Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverband" auf Grund des Paragraphen 38 des Reichsmilchgesetzes bereits am kommenden Montag, den 19. Dezember, erfolgen kann.

Die zuständigen behördlichen Stellen legen großen Wert darauf — nachdem sie im Auftrage des preußischen Landwirtschaftsministers alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen haben — möglichst bald dem Milchwirtschaftsverband selbst die Verwirklichung der mannigfachen praktischen Aufgaben zu übertragen. Man hofft, daß der Verband bereits zu Beginn des Jahres 1933 seine eigentliche Tätigkeit aufnehmen kann. Nachdem eine große Anzahl der beteiligten Milchwirtschaftsbetriebe gemäß dem Vorgehen ihrer gesetzlichen Berufsvertretungen zu dem von Landrat Tapolski festgesetzten Zeitpunkt (20. November) keine Zustimmungserklärung zu einem freiwilligen Zusammenschluß abgegeben hat, kommt es nunmehr zu einem Zwangszusammenschluß. Ein solcher Zwangszusammenschluß bietet nach Ansicht interessierter Kreise größere Vorteile, da durch ihn das Verfahren der Verbandsgründung wesentlich vereinfacht und das Aufkommen unerwünschter Einzelbeeinflussung verhindert wird.

Der Zwangszusammenschluß wird demnach für alle Erzeugerbetriebe und Milch be- und verarbeitenden Betriebe herbeigeführt, die Milch und Milcherzeugnisse in das aus den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln, Aachen, Münster, Arnsberg und Minden bestehende Gebiet liefern. Die Hauptaufgaben des zu gründenden Verbandes, dessen Hauptsitz sich in Essen befinden soll, bestehen darin, eine geregelte Milchversorgung der Bevölkerung, die Verbesserung und, soweit erforderlich, die Vereinheitlichung von Milch- und Milcherzeugnissen, eine Steigerung des Milchverbrauchs und eine angemessene, möglichst gleichbleibende Preisfestsetzung zu erreichen. Dabei will man das Schwergewicht der gesamten Arbeit auf die in den einzelnen Orten des Verbandsgebiets zu schaffenden Milchwirtschaftsverbände legen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Hauptverbandes als auch der einzelnen Ortsverbände bildet die Kontingentierung der Trinkmilchlieferung. Der erstmaligen Kontingentierung wird die Lieferung von Trinkmilch während der Jahre 1926 bis 1930 zugrunde gelegt. Zur Vermeidung von Härten, insbesondere zur bevorzugten Berücksichtigung der stadtnahen Milcherzeuger und etwaiger neuer Betriebe wird eine Kontingentreserve von 10 Prozent vorbehalten. Kontingente können entzogen werden, wenn die Lieferung in das Gebiet des Ortsverbandes eingestellt wird oder Verstöße gegen die einschlägigen Bestimmungen usw. vorliegen. Eine Ablösung von Kontingenten ist dann möglich, wenn aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eine Umstellung des Lieferbetriebes von Trinkmilchlieferung auf Milchverarbeitung geboten erscheint.

Die Satzung des Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverbandes bestimmt ausdrücklich, daß die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung, die bekanntlich für den Düsseldorfer Bezirk der Regierungspräsident ausübt, in jeder Weise unberührt bleiben. Es ist damit zu rechnen, daß der Düsseldorfer Regierungspräsident mit der Beaufsichtigung des Gesamtverbandes betraut wird.

Niobe-Gedenkmünze

Wie uns durch die Hauptgeschäftsstelle der „Volksspende Niobe" mitgeteilt wird, hat die Preuß. Staatsmünze zur Ehrung der mit der „Niobe" untergegangenen 69 jungen deutschen Seeleute nach einem Entwurfe von Prof. Oskar Glöckler eine besondere „Niobe-Gedenkmünze" in Fünfmarkstückgröße ausgeprägt, welche mit amtlicher Genehmigung zugunsten dieses vaterländischen Hilfswerkes dem öffentlichen Verkaufe übergeben worden ist.

Die Vorderseite dieses Gedenkstückes zeigt in feiner, fast filigranmäßiger Reliefprägung das untergegangene Schulschiff „Niobe", während mit der rückseitigen Darstellung — ein Kreuz im Meer — den Opfern von Fehmarn ein symbolisches Denkmal gewidmet ist.

Das Gedenkstück, welches in seiner Ausführung als eine hervorragende Leistung deutscher Prägekunst gelten darf, soll neben der materiellen Förderung der mit der „Volksspende Niobe" verfolgten Bestrebungen dem deutschen Willen nach Wehrfreiheit sichtbaren Ausdruck verleihen und davon aller Welt Kunde geben, daß nach den Worten des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg das gemeinsame Gefühl der Zusammengehörigkeit und Schicksalsverbundenheit in unserem deutschen Volke noch lebendig ist.

Möge dieses sinnvolle vaterländische Gedenkstück eine weitestgehende Verbreitung finden und so dazu beitragen, den Gedanken der deutschen Seegeltung in unserem Volke neu zu beleben und zu fördern.

Zu beziehen ist die Niobe-Gedenkmünze bei der offiziellen Auslieferungsstelle, dem Bankhause Joh. Witzig & Co., München, sowie auch unmittelbar bei der „Volksspende Niobe", Berlin W 9.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Vorübergehendes Aufflackern oder Belebung?

Man möchte schon das Letztere wünschen, wenn man hört, daß in den Wupperkotten wieder in verstärktem Maße die Schleifsteine zischen und die Scheiben surren. Und gerade vor Weihnachten haben sich einige Kommissionen angesammelt, es wird geschliffen und poliert. Es steht allerdings dahin, ob die Arbeiten in den leider in zweifacher Hinsicht verstaubten Kotten länger anhalten. Einstweilen besteht nur die Hoffnung, daß mit einer Beruhigung der Wirtschaft, wenn auch langsam eine stetige Belebung der Heimindustrie eintreten möchte.

Aus der Heimat

Hohes Alter!

Am morgigen Freitag, den 16. Dezember, wird wiederum eine unserer lieben Mitbürgerinnen, und zwar Frau Wwe. Berta Voß geb. Markus in Heddinghofen, 80 Jahre alt. Das greise Geburtstagskind erfreut sich bei ihrem hohen Alter noch verhältnismäßig guter Gesundheit und bester geistiger Frische.

Auch wir gratulieren zu diesem seltenen Wiegenfest aufs herzlichste und wünschen dem Geburtstagskind einen weiteren segensreichen Lebensabend.

Wer vermißt dieses?

Auf dem hiesigen Polizeibüro im Rathaus wurde eine Herrenmütze als gefunden abgegeben. Wer diese vermißt, mag seine Rechte dort geltend machen.

Aus Not zum Betrüger

Ein schon recht ergrauter Angeklagter aus Hilgen stand gestern vor den Schranken des Opladener Gerichtes. Er hatte eine Nähmaschine in Kommission bezogen und verkaufte sie zum Preise von rund 200 Mark weiter. Den Erlös lieferte er jedoch nicht an die Firma ab, sondern benutzte ihn zur Einlösung von Wechselverpflichtungen. Die Folge war ein Strafbefehl über zwei Wochen Gefängnis. In der Verhandlung schilderte der Angeklagte seine Notlage, er habe das Bestreben gehabt, die Schuld zu bezahlen. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse sei ihm das leider bisher nicht möglich gewesen. Das Urteil ging dahin, daß der Strafbefehl an sich bestehen bleibt. Dem Angeklagten wurde jedoch eine dreijährige Bewährungsfrist zuerkannt, während der er die Schuld begleichen soll.

Ergänzungswahlen zur Industrie- und Handelskammer zu Solingen

Bei den am Dienstag vorgenommenen Ergänzungswahlen sind im Wahlbezirk II (früherer unterer Landkreis Solingen) in der Wahlabteilung I (chemische Industrie) Herr Otto Loosen, Leverkusen-Schlebusch, und in der Wahlabteilung II (übrige Industrie) Herr Fritz Rosenkaimer, Leichlingen, zu Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer wiedergewählt worden.

Etwaige Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb zweier Wochen bei der Solinger Industrie- und Handelskammer anzubringen.

Klagen über Hausschlachtungen

Das Mittelstandskartell Opladen teilt uns mit, daß der Regierungspräsident auf eine Beschwerde der Handwerkskammer wegen der großen Klagen aus dem Fleischergewerbe bezüglich Hausschlachtungen unter dem 26. November 1932 folgendes geantwortet hat:

„Wegen der von Landwirten zum Zwecke des Verkaufs vorgenommenen Schlachtungen habe ich bereits verschiedene Rundverfügungen an die nachgeordneten Behörden erlassen. Ich bin trotzdem bereit, dem oben bezeichneten Schreiben entsprechend zu verfahren. Zuvor möchte ich jedoch eine in den nächsten Wochen zu erwartende Entscheidung des Bezirksausschusses abwarten, die es mir vielleicht ermöglicht, die erneute Rundverfügung präziser zu fassen".

Schärfere Kontrolle der Motorräder

Die Belästigung durch übermäßigen Rauch und Lärm der Motorräder ist neuerdings so unangenehm geworden, daß die schärfsten Maßnahmen seitens der Behörden getroffen werden. Besonders beschwert sich die Bevölkerung über das ruhestörende Geknatter der Maschinen. Wie von sachverständiger Seite, auch von Vertretern der Verbände der Motorradfahrer betont wird, lassen sich die Mißstände dadurch beheben, daß die vorgeschriebenen schalldämpfenden Vorrichtungen allgemein an Motorrädern angebracht werden. Erfreulich ist die Zusammenarbeit der Motorradverbände mit den Behörden, denn die ernsthaften Motorradfahrer haben selber ein Interesse an einer Beseitigung des Geknatters der Motorräder.

Unfälle auf schlechten Straßen

In der letzten Zeit haben sich öfter Verkehrsunfälle ereignet, wobei Kraftfahrer an schadhaften Stellen von öffentlichen Wegen verunglückt sind. Mehrfach haben sich an solche Verkehrsunfälle Zivilprozesse angeschlossen, worin die Verunglückten Schadenersatzansprüche geltend gemacht haben. Die Gerichte haben diese Ansprüche zum Teil als berechtigt anerkannt, meist aber gleichzeitig ein mitwirkendes Verschulden der Verletzten angenommen.

Diese Vorfälle haben den preußischen Landwirtschaftsminister und den preußischen Minister des Innern veranlaßt, durch einen Runderlaß an den Reichsausschuß der Kraftverkehrswirtschaft (Kraftverkehrskammer) in Berlin die Wegebenutzer, insbesondere die Kraftfahrer zu ersuchen, bei der Benutzung der Straßen den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung zu tragen und namentlich an den mit Warnungstafeln gekennzeichneten Stellen die Straße nur mit größter Vorsicht und unter möglichster Herabsetzung der Geschwindigkeit zu befahren. Bei der schwierigen Finanzlage, in der sich die Wegeunterhaltungspflichtigen durchweg befänden, müsse leider angenommen werden, daß der Zustand der Straßen noch auf längere Zeit den berechtigten Anforderungen nicht überall genügen werde. Die vorhandenen Mängel würden nicht so bald beseitigt werden können, wie dies wünschenswert wäre, und es werde vielleicht sogar mit einer weitern Verschlechterung des Zustandes der Straßen gerechnet werden müssen.

Angesichts dieser Verhältnisse erwartet das Ministerium von den Kraftfahrern, daß sie der Not der Zeit Rechnung tragen, indem sie nicht Ansprüche an das Straßennetz stellen, die jetzt beim besten Willen nicht erfüllt werden könnten. Dies gelte auch bei der Benutzung der Sommerwege, die eigentlich für den Kraftfahrzeugverkehr nicht bestimmt seien.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Wegen Geringfügigkeit eingestelltes Verfahren

Opladen, 15. Dez. Ein hiesiger Polizeihauptwachtmeister, der als tüchtiger Beamter bekannt ist, erschien in einer reinen Privatangelegenheit unter der Anklage der Bedrohung und der Körperverletzung vor dem Düsseldorfer Schöffengericht. Der Sachverhalt schilderte der Angeklagte wie folgt: Er ist Witwer und eine seiner Töchter hatte das Elternhaus verlassen, ohne daß der Vater wußte, wo sie war. Er erfuhr, daß sie in Düsseldorf sei und mit einem jungen Manne verkehre. Diesen Mann suchte der Vater auf, und er erhielt das Versprechen, es werde sofort benachrichtigt, falls die Adresse der Tochter bekannt sei. Dem Versprechen kam der junge Mann nicht nach, obwohl er täglich mit dem Mädchen verkehrte. Das erfuhr der Vater, der den jungen Mann in Uniform aufsuchte. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Beamte sich dazu hinreißen ließ, seine Pistole zu ziehen und dem anderen zuzurufen: „Wenn Sie mir nicht sagen, wo meine Tochter ist, schieße ich Sie nieder". danach entwickelte sich eine Schlägerei, wobei der Beamte dem anderen einen Schlag mit dem Säbel auf den Arm versetzte. Am gleichen Abend fand der Vater seine Tochter wieder. Der junge Mann verlangte später von dem Beamten 20 RM Schmerzensgeld, und als das abgelehnt wurde, zeigte er den Beamten an. Diese Schilderung wurde durch die Beweisaufnahme bestätigt. Das Gericht kam mit dem Staatsanwalt zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte in verständlicher Erregung gehandelt hat, und stellte die Sache nach Paragraph 153 der StPO wegen Geringfügigkeit ein.

Richtfest auf der neuen Wupperbrücke

Opladen, 15. Dez. Die neue Brücke im Zuge der Autostraße über die Wupper ist dieser Tage ausgeschalt worden und man hat auch Richtfest gefeiert. Zwei schöne Richtbäume mit Kränzen und flatternden Bändern, auf beiden Seiten der Brücke aufgestellt, zeigten den Abschluß der Betonarbeiten an. Jetzt wird weiter unterhalb mit dem Bau der Fußgängerbrücke aus Holz begonnen.

Das wachsende Leverkusen

Leverkusen, 15. Dez. Die Berichte der Stadtverwaltung Leverkusen über die Bevölkerungsbewegung im Stadtgebiet sind seit langem bemerkenswert dadurch, daß die Stadt im Gegensatz zu den meisten anderen Städten Deutschlands eine ziemlich stetige Zunahme ihrer Bevölkerungsziffer verzeichnen kann. So stieg beispielsweise die Einwohnerzahl Leverkusens wieder von 43 178 auf 43 238, das ist um 60 Personen. Diese unter den heutigen Umständen nicht unerhebliche Zunahme ist einerseits auf die verhältnismäßig günstige Wirtschaftslage Leverkusens, zum anderen aber auch auf eine unvermindert gute Geburtenüberschußziffer zurückzuführen.

Scharlach im Ort

Hitdorf, 15. Dez. In mehreren Famtlien unseres Städtchens sind Erkrankungen an Scharlachfieber aufgetreten. In Verbindung mit dem Ortsarzt sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, die weitere Verbreitung der Krankheit zu bekämpfen. Einige Kinder mußten im Richrather Krankenhaus untergebracht werden.

Brand eines Wohnwagens

Radevormwald, 15. Dez. Aus noch unbekannten Gründen entstand am Montagabend in einem für Wohnzwecke umgebauten Eisenbahnwagen in Borbeck Feuer. Die Bewohner des Wagens konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Wagen brannte vollständig aus, ebenfalls ist der größte Teil der Möbel vernichtet worden.

Die Sanierung der Landesbank

Und wie der Rhein-Wupper-Kreis davon betroffen wird

Der Provinziallandtag hat in seiner Sitzung in der vorigen Woche beschlossen, die Landesbank der Rheinprovinz, die bekanntlich seit der Julikrise 1931 „eingefroren" ist, zu sanieren und zu diesem Zwecke erhebliche Mittel bereitzustellen. Das Geld soll zu einem großen Teil durch die erhöhte Provinzialumlage, die von den kreisfreien Städten und den Landkreisen erhoben wird, hereingeholt werden. Der Rhein-Wupper-Kreis z. B., der nach seinem letzten Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932/33 377 000 Mark Provinzialumlage zahlen muß (wahrscheinlich hat sich diese Summe aber durch eine Verminderung der Steuergrundlagen verringert) würde nach diesem Beschluß über 300 000 Mark mehr an die Provinz zahlen müssen. Das bedeutete eine weitere Erhöhung der Kreisumlage von 15—20 Prozent.

Die Gemeinden sind schon heute nicht mehr in der Lage, die Kreisumlage zu zahlen, es wird ihnen völlig unmöglich sein, eine weitere Nachtragsumlage für den Kreis zu decken. Das geht nicht nur den Gemeinden des Rhein-Wupper-Kreises so, sondern auch in anderen Kreisen und kreisfreien Städten wird sich die Unmöglichkeit erweisen, diese Nachforderungen abzudecken. Die Stadt Köln z. B., die zu einer Provinzialumlage von 1,2 Millionen veranlagt war, soll stattdessen jetzt 2,2 Millionen zahlen.

Theoretisch mag daher die Landesbank durch den Beschluß des Provinziallandtages saniert sein, in Wirklichkeit werden die Mittel zur Sanierung nicht eingehen, weil sie einfach nicht da sind, von den Zahlungsverpflichteten auch nicht aufgebracht werden können.

Expreßgutverkehr vor Weihnachten

Beschleunigung in der Beförderung des Expreßgutes ist gerade vor den Weihnachtstagen der Wunsch jedes Kaufmanns, der während des Weihnachtsverkaufs Waren erhält oder zuzustellen hat. Die Deutsche Reichsbahn hat daher für den Weihnachtsexpreßgutverkehr besondere Vorbereitungen getroffen, die eine wesentliche Beschleunigung in der Beförderung der Sendungen gewährleisten.

Durch Expreßgutkurswagen, die in D-, Eil- und Personen- sowie in besonderen Expreßgutzügen eingestellt werden, soll der bevorstehende stärkere Weihnachtsexpreßgutverkehr von und nach allen Verkehrsrichtungen bedient werden.

Die Beförderung von Expreßgut nach Orten in größerer Entfernung ist so günstig geregelt, daß die am Spätnachmittag aufgelieferten Güter meist am nächsten Vormittag schon in den Besitz der Kunden gelangen. In den entgegengesetzten Richtungen ist für gleich gute Beförderungsgelegenheit gesorgt. Auch im Nahverkehr ist dafür gesorgt, daß auch der stärkste Verkehr mit den regelmäßigen Zügen bewältigt werden kann.

Expreßgut wird bekanntlich auf allen für den Personenverkehr vorgesehenen Bahnhöfen so lange angenommen, wie die Gepäckschalter geöffnet sind. Es wird aber nicht nur bevorzugt angenommen, sondern es wird auch nach der Aufgabe unverzüglich mit dem nächsten geeigneten Zuge abbefördert.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Reichsbahn bemüht ist, das Expreßgut am Bestimmungsort so schnell als möglich zuzustellen oder, sofern das Gut nicht zugestellt wird, den Empfänger unverzüglich — möglichst durch Fernsprecher — von dem Eingang des Gutes zu verständigen.

Es ist also in jeder Hinsicht für schnelle und glatte Beförderung des Expreßgutes vor den Weihnachtstagen gesorgt.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Aus Rache die ganze Werkstatt zertrümmert

In der Nacht zum Mittwoch haben unbekannte Burschen einem Haaner Schleifer sämtliche Schleifsteine, die Transmission, den Motor und alle Werkzeuge zerstört und die Rohmaterialien unbrauchbar gemacht. Die Ursache dieses ruchlosen Streiches dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Schleifer für eine Solinger Firma, die gegenwärtig bestreikt wird, Heimarbeit verrichtete.

Remscheid

Schwere Zuchthausstrafen für Räuber

Das Wuppertaler Schwurgericht verurteilte am Mittwoch den 21jährigen Fensterputzer Johann Rosteck und den 24jährigen Arbeiter Adam Bork, beide aus Essen, die im Juni d. J. unter Mitführung einer Schußwaffe in Remscheid einen Lebensmitteldiebstahl ausgeführt und einen Polizeibeamten auf der Flucht erheblich verletzt hatten, zu schweren Strafen. Rosteck erhielt fünf Jahre Zuchthaus und Bork 2½ Jahre Gefängnis. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

Düsseldorf

Ein Todesopfer des Ballonunfalles in Holland

Der Landungsunfall, der sich am vergangenen Sonntag bei der südlich der Stadt Den Haag liegenden Ortschaft Kwintsheul mit einem bei Düsseldorf aufgestiegenen deutschen Luftballon ereignete, hat nunmehr doch ein Menschenleben gefordert. Bei dem Aufprallen des Ballons auf den Boden wurde, wie schon gemeldet, einer der vier Insassen, der 28jährige O. Gannitz, aus der Gondel geschleudert, wobei er einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er am Mittwochmorgen im Krankenhaus gestorben ist. Die Mutter des Verstorbenen, die sofort nach Den Haag geeilt war, konnte ihren Sohn nicht mehr sprechen, da er das Bewußtsein nicht mehr zurückerlangt hatte.

Das Neueste

Das Wormser Städtische Spiel- und Festhaus wurde Mittwochabend durch ein Großfeuer schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden wird mit 100 000 RM angegeben.

Am Mittwoch sind den Amtsleitern und Gauleitern der NSDAP die allgemeinen Richtlinien und die ersten besonderen Anordnungen Hitlers für den Neuaufbau der politischen Organisation „Zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung" zugegangen. Den Richtlinien sind, dem Bericht der NSK zufolge, besondere Verfügungen Hitlers angeschlossen.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, beschäftigt sich in einem Artikel im „Tag" mit der Frage, ob eine neue Präsidialregierung durch das Kabinett von Schleicher geschaffen worden sei oder ob die Gefahr eines „Rückfalls" zum parlamentarischen System drohe.

Ein Kabinett der bürgerlichen Koalition ist in Finnland gebildet worden.

In Paris verlautet, daß Präsident Lebrun heute Nachmittag Herriot wieder die Regierungsbildung anbieten werde.

Die Haltung der französischen Kammer in der Schuldenfrage findet in London eine gute Presse. Die „Financiel News" sagt, an der City sei Frankreich seit dem Waffenstillstandstage niemals so populär gewesen wie jetzt.

In London wird damit gerechnet, daß Außenminister Simon, der am Mittwoch von Genf nach London gereist ist, wegen der Anrufung des Völkerbundsrats im englisch-persischen Oelstreit bald wieder nach Genf zurückkehren wird.

Havas berichtet aus Washington, daß die amerikanische Regierung und die politischen Kreise über die französische Zahlungsverweigerung bestürzt und verletzt seien.

Im Weißen Hause in Washington wird zurzeit die Frage erwogen, ob dem Kongreß die sofortige Aufrollung der Schuldenfrage vorgeschlagen werden soll. Diejenigen Nationen, die heute ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, sollen zuerst berücksichtigt werden. Säumige Schuldner sollen ausgeschlossen werden.

Neuer schweizerischer Bundespräsident

Das vereinigte schweizerische Parlament aus Nationalrat und Ständerat wählte zum Bundespräsidenten für das Jahr 1933 den Bundesrat Schultes, Leiter des Volkswirtschaftsdepartements, und zum Vizepräsidenten den Bundesrat Pilet, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements.

Das Wetter von heute und morgen

Meist trübe und etwas milder ohne erhebliche Niederschläge, auffrischende südwestliche Winde.

Köln

Köln. Der Einbruch in das Kardinalspalais ein Rätsel. Wie wir bereits mitteilten, ist in der Nacht zum Sonntag das Erzbischöfliche Palais von Einbrechern heimgesucht worden. Die Täter haben von einer Nebenstraße aus die 2½ Meter hohe Mauer erstiegen, die Füllung einer Tür herausgebrochen und dann durch eine kleine Oeffnung Eingang in das Palais gefunden. Aus der Bibliothek holten die Diebe ein Kästchen, in dem sich eine Schreibzeuggarnitur befand, und wickelten es sorgfältig in Papier ein. Hierauf drangen sie [illegible] deten. Obschon die Diebe weder von dem Hauspersonal noch von dem Wachthund bemerkt worden sind, haben sie in beiden Fällen das gestohlene Gut verpackt liegen lassen. Man muß daher annehmen, daß sie plötzlich Reue verspürten und darauf verzichteten, Beute zu machen.

Köln. Einbrecher im Büro. In der Nacht drangen Einbrecher in der Nußbaumstraße in das Büro eines Kohlenhändlers ein. Sie erbeuteten über 2000 Mark Bargeld, Scheckbücher, Brikettscheine und sonstige Sachen, womit sie unerkannt entkamen. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Köln. Ein Verkehrsbüro der französischen Eisenbahnen in Köln. Das Verkehrsbüro Köln der französischen Eisenbahnen wurde seiner Bestimmung übergeben. Bei einem Eröffnungsakt führte der stellvertretende Generaldirektor der französischen Bahnen in Paris, Moyrand, u. a. aus, daß die französischen Eisenbahnen seit langem sehr enge Handelsbeziehungen zur Domstadt unterhielten. Der Gedanke, den Fremdenverkehr in der Richtung Frankreich—Deutschland und besonders nach dem herrlichen Rheinland zu fördern, sei stets weiter verfolgt worden. Die Zahl der französischen Besucher sei bedeutend gestiegen. Im Interesse des gegenseitigen Fremdenverkehrs sollen in Verbindung mit der Belgischen Staatsbahn und der Reichsbahn alle Möglichkeiten erwogen werden, um die bestehenden Eisenbahnverbindungen zu erhalten und zu verbessern. — Im Namen der Stadt Köln sprach Beigeordneter Bönner, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß ein Büro der französischen Bahnen in Köln geschaffen worden sei.

Der Zwecksparkassenskandal in Köln

100 000 bis 120 000 RM. veruntreut

Die Nachprüfungen der schweren Verfehlungen bei der „Germania" Spar- und Kreditgesellschaft G. m. b. H. in Köln haben ergeben, daß das Vermögen der Sparer in ganz gewaltigem Umfange in Anspruch genommen worden ist, so daß damit zu rechnen ist, daß die veruntreute Summe den Betrag von 100 bis 120 000 RM. erreichen wird. Geschädigt sind etwa 3500 Gläubiger. Der Hauptbeschuldigte und bisherige Inhaber befindet sich in Haft, während ein zweiter Beteiligter nach Wien geflüchtet ist. Das Auslieferungsverfahren gegen ihn ist beantragt worden.

Wie die Untersuchung weiter ergab, handelte es sich bei der „Germania" um ein Scheingeschäft. Sie wurde mit einem Einlagekapital von 120 000 RM. gegründet, von denen 5000 RM. sofort eingezahlt werden sollten. Aber auch diese 5000 RM. sind nie gezahlt worden, sondern wurden durch einen fingierten Spar- und Darlehensvertrag vorgetäuscht.

Esperanto-Straßenbahner

Vorbereitungen auf den Esperanto-Jubiläumskongreß in Köln

Im nächsten Jahre findet in Köln der sogenannte silberne Jubiläumskongreß des Esperanto-Bundes statt. Die Stadt Köln hat bereits eine umfangreiche Werbung in Szene gesetzt und tut auch sonst noch ihr Möglichstes für die Sache. So hat z. B. die Leitung der Kölner Straßenbahn Esperantokurse für ihre Angestellten eingerichtet, die regen Zuspruch finden. Die Straßenbahnbeamten, die der Weltsprache mächtig sind, werden während der Zeit des Kongresses durch Armbinden kenntlich sein und den Fremden die nötigen Auskünfte erteilen.

Reichshilfe für Schatzanweisungsinhaber?

Neue Verhandlungen mit Berlin

Wie aus Köln verlautet, ist die vom Vertreter der Inhaber Kölner Schatzanweisungen, Ministerialdirektor Bail, verlangte Mindestteilzahlung von 5 Prozent als Voraussetzung für die zweijährige Stundung des Restes der Schatzanweisungen aus Mitteln der Stadt nicht möglich. Der Gläubigervertreter hat sich nochmals an die Reichsregierung gewandt, um die verlangte Teilzahlung mit Reichshilfe durchführen zu können. Die Verhandlungen hierüber sind noch im Gange.

Wie bereits gemeldet, beabsichtigt der Gläubigervertreter auf der nächsten Versammlung der Inhaber Frankfurter Schatzanweisungen, eine Teilrückzahlung von mindestens 5 Prozent bis 1. Februar 1933 zu fordern. Die Stadt Frankfurt hat nun Berliner Stellen zur Hergabe der erforderlichen 1,5 Millionen Mark bewegt. Interessant ist, daß sich die Stadt Frankfurt auf eine moralische Verpflichtung jener Stellen beruft, die folgende Vorgeschichte hat:

Auf Veranlassung des preußischen Staates hatten im Jahre 1928 verschiedene Städte, unter ihnen auch Frankfurt a. M., bei der Aufnahme von Auslandsanleihen einen kurzfristigen Kredit an andere Kommunen zu gewähren, der aus eigenen künftigen Anleihen dieser Städte zurückgezahlt werden sollte. Während das nun zweien der Schuldnerstädte Frankfurts möglich war, mißglückte der Stadt Breslau die Aufnahme einer eigenen Anleihe, und die Rückzahlung des ursprünglich etwa 3,75 Millionen Mark betragenden Kredits mußte auf Fürsprache der Berliner Stellen teilweise ausgesetzt werden. Die Stadt Frankfurt hat somit bei der Stadt Breslau noch ein Guthaben von ca. 3,2 Millionen, dessen völlige Rückzahlung sie zu einer Teilausschüttung von 10 Prozent auf die Schatzanweisungen befähigen würde.

Westdeutsches

Aachen. Wieder ein Schmuggler angeschossen. Abends gegen 22.45 Uhr stießen Zollbeamte im Wiesengelände von Hitfeld auf eine fünfköpfige Schmugglerbande, die trotz wiederholter Halterufe und Warnungsschüsse die Flucht ergriff. Durch einen gezielten Schuß wurde ein junger Mann aus Aachen-Forst in die Wade getroffen. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes ins Mariahilf-Krankenhaus gebracht. Beschlagnahmt wurden 100 Pfund Zucker und 6 Pfund Kaffee. — Einen guten Fang machten Zollbeamte aus Beeck. Sie stellten zwei Schmugglerbanden und beschlagnahmten 10 000 Zigaretten und 150 Pfund Kaffee.

Niederbreisig. Keine Auflösung des Amtes. In der Frage der Auflösung des Amtes Niederbreisig weilte Ende vergangener Woche eine Kommission von Behördenvertretern hier, der u. a. der Regierungspräsident, der Reichskommissar des Ministers für die Aemterzusammenlegung, Landrat Huttrop, und Landrat Dr. Meyers angehören. Im Kurhaus fand eine Aussprache mit den hiesigen Einwohnern statt, wobei die Unterschriftslisten vorgelegt wurden. Nach Anhörung der Bevölkerung wurde der ganze Kreis befahren, um den Behördenvertretern die Verhältnisse auseinanderzulegen. Es ist damit zu rechnen, daß das Amt Niederbreisig erhalten bleibt und erweitert wird. Die Auflösung des Amtes Niederzissen im Brohltal ist dagegen sicher, und verschiedene Orte dieses Bezirks werden zum Amt Niederbreisig geschlagen. Nieder- und Oberzissen sollen dem Amt Burgbrohl des Kreises Manen zugeteilt werden.

Gelnhausen. Amtsgericht zu verkaufen. Durch die Ortsschelle wurde im benachbarten Meerholz bekannt gegeben, daß das Gebäude des früheren Amtsgerichtes verkauft werden soll. Leider dürfte es schwer fallen, am Ort selbst einen Interessenten zu finden, da mit der Uebernahme des Gebäudes erhebliche Aufwendungen für Reparaturen verbunden sind. Das Amtsgericht war auf Grund der Notverordnung aufgelöst und der Bezirk dem Amtsgericht Gelnhausen angegliedert worden.

Frankfurt a. M. Maßnahmen für den Notwinter. Zum Ausgleich von Härten, die durch die seit Anfang Oktober durchgeführte Richtsatzsenkung in Einzelfällen entstanden sind, ist das Fürsorgeamt ermächtigt worden, nach individueller Prüfung im Einzelfalle ergänzende Beihilfen durch Sachleistungen zu gewähren. Dieser vorübergehende Härteausgleich für die Wintermonate soll vor allem kinderreichen Familien zugute kommen. Die Beihilfe erfolgt durch Ausgabe von Gutscheinen, durch die den in Frage kommenden Unterstützungsempfängern ermöglicht werden soll, sich je nach Bedürfnis im Einzelfalle mit Lebensmitteln, Kohlen, Wäsche, Schuhen oder Kleidungsstücken zu versorgen. Der Magistrat hat sich überdies an den Deutschen Städtetag gewandt, damit dieser bei den Reichs- und Staatsstellen für generelle Maßnahmen zur Verbilligung von Lebensmitteln, insbesondere Fleisch, und von Brennstoffen eintritt.

Die Tragödie am Kanal

Die Kindermörderin ein seelisches Rätsel

Die Ehefrau Konzilia aus Gladbeck wurde dem Essener Untersuchungsgefängnis zugeführt. Die Untersuchung des Geisteszustandes der Frau durch den Gladbecker Kreisarzt ergab, daß die Frau geistig völlig normal ist. Im übrigen wehrt sie sich selbst dagegen als Geisteskranke angesehen zu werden. Sie erklärt immer wieder, daß sie die schlechte Behandlung durch ihren Mann nicht länger habe ertragen können. Schon vor einem Jahre habe sie sich mit dem Gedanken getragen, freiwillig mit den Kindern aus dem Leben zu scheiden, zu welchem Zweck sie sich auch schon Kleesalz besorgt habe. Später habe sie jedoch von diesem Plan wieder abgesehen.

Es werden jetzt noch weitere Ermittlungen darüber angestellt, ob die Frau erblich belastet ist. Man steht vorläufig noch vor einem Rätsel, wie es möglich ist, daß eine Mutter im Vollbesitz der geistigen Kräfte ihre drei Kinder auf eine solche Art ums Leben bringt, nachdem sie ihnen kurz vorher für Weihnachten noch Spielsachen, wie Auto, Ente und Puppe, gekauft hatte. Sollte für die Tat nur das etwas leichtsinnige Handeln des Ehemannes die ausschlaggebende Rolle spielen, der trotz der Not der Zeit sich einige Vergnügen erlaubte, von der Arbeitslosigkeit aber wenig betroffen wurde? Mißhandlungen der Frau soll sich der Mann mit einer Ausnahme, wo er seiner Frau einen Fußtritt verabfolgte, nicht zuschulden haben kommen lassen. Der Mann wurde bereits aus der Haft entlassen. Hoffentlich gelingt es noch, die Beweggründe zu der Tat aufzuklären. Der Mensch ist so verschieden, der eine kommt schon bei dem geringsten Stoß aus dem seelischen Gleichgewicht, während der andere auch durch das größte Beben die Ruhe nicht verliert.

Das Liebesdrama im Schloßpark

Wie gemeldet, wurde im Schloßpark zu Neersen (Bez. Viersen) am Montagabend ein 22jähriges Mädchen, das sich auf dem Heimwege von seiner Arbeitsstätte zum Elternhaus befand, von einem jungen Mann erschossen. Inzwischen ist festgestellt worden, daß die Erschossene die 22 Jahre alte Weberin Anna Schmidt ist, ihr Gefährte ein 25jähriger Arbeiter, dessen Name noch nicht zu erfahren war. Nach der Tat flüchtete der Schütze durch die Niers und schnitt sich im Elternhause die Pulsadern an beiden Unterarmen auf. Im Elternhause erfolgte seine Festnahme. Er wurde ins Polizeigefängnis und später ins Krankenhaus gebracht. Bisher war er nicht vernehmungsfähig. Der Grund zu der Tat liegt darin, daß den beiden jungen Menschen, die im kommenden Sommer heiraten wollten, die Eltern Schwierigkeiten machten.

Es ist nichts so fein gesponnen ....

Drei Polizisten schmuggelten mit — Gefängnisstrafen

Drei Polizeiwachtmeister von Aachen hatten sich mit einem Monteur und zwei Leuten aus Alsdorf, einem Chauffeur und einem Wirt, zusammengetan, um einen schwunghaften Handel mit Kaffee und Tabak von Alsdorf nach Düsseldorf zu betreiben. Sie glaubten wahrscheinlich, daß hinter dem blauen Rock und der ewig gleichen Amtsmiene niemand Schwarzhändler suchen würde, hatten sich darin aber gründlich getäuscht. Nunmehr standen alle sechs vor der Großen Strafkammer Aachen, wo dem einen nachgewiesen wurde, daß er dreimal Motorradfahrten mit je einem Zentner Kaffee nach Düsseldorf unternommen hatte, an denen jedesmal einer der Amtskollegen teilgenommen hatte. Außerdem hatte einer der beiden anderen auf eigene Faust geschmuggelt. Die drei „Blauen" erhielten sechs Monate und 14 Wochen (direkte Gefängnisstrafe und Ersatzfreiheitsstrafe für Geldstrafe und Wertersatz) bzw. fünf Monate und acht Wochen Gefängnis, bzw. drei Monate und sechs Wochen Gefängnis. Die drei anderen erhielten ebenfalls Freiheitsstrafen: der Chauffeur sechs Wochen, der Wirt drei Monate und eine Woche und der Monteur vier Monate und sieben Wochen Gefängnis.

80 000 Fichtenpflanzen gestohlen

Ein Waldbesitzer festgenommen

Seit längerer Zeit bemerkten die Förster in verschiedenen Waldgemeinden des Kreises Bitburg, z. B. in Heidweiler, Naurath usw., daß große Mengen Fichtenpflanzen aus den Schonungen verschwanden. Der Dieb konnte aber nicht entdeckt werden. Dieser Tage unternahmen nun Förster und Landjäger eine Razzia in einem der Wälder, und dabei ertappten sie einen privaten Waldbesitzer, wie er Fichtenpflanzen in einem Gemeindewald aushob. Er wurde festgenommen. Als man in seinem Besitztum nachsah, entdeckten die Beamten dort in einer Schonung 80 000 Fichtenpflanzen, die der Mann nach und nach aus den Gemeindewäldern gestohlen hatte.

Politische Kundgebung der römischen Studentenschaft

Eine große Protestkundgebung gegen die Zerstörung der Venezianischen Löwen in Trau in Dalmatien ist Dienstag abend in den HauptstraßenRoms von derStudentenschaft veranstaltet worden. Die Demonstration erlebte ihren Höhepunkt, als die Studenten vor dem Palazzo Venezia versammelt waren. Auf die Rufe der Studenten mußte Mussolini sich auf dem Balkon zeigen. Er hielt eine kurze Ansprache, in der er sich „dem aus dem großmütigen Herzen der römischen Studenten hervorgegangenen Protest" anschloß

Amerikanische Anleihe für China

Wie in Tokio aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Vereinigten Staaten und China einen provisorischen Vertrag unterzeichnet, demzufolge China eine Anleihe von 15 Millionen amerikanischer Dollars erhalten soll. China genehmigt als „Sicherheit" den Bau bedeutender Flugstationen durch Amerika an der Ostküste der Hainan-Insel, in Heitschau und an der Heiho-Mündung.

Zuchthaus die Folge einer politischen Schlägerei

Die Strafkammer in Marburg verurteilte drei SA-Leute wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu je einem Jahr Zuchthaus unter Ablehnung von Bewährungsfrist. Die Verurteilten hatten in der Nacht zum 10. Oktober einen 47jährigen Former so schwer verprügelt, daß er besinnungslos liegen blieb und drei Wochen das Bett hüten mußte.

Die Kabinettsfrage in Belgien

Aus Brüssel wird gemeldet: Der zurückgetretene Ministerpräsident de Brocqueville ist vom König mit der Neubildung des Kabinetts betraut worden. — Der liberale Führer Deveze hat an den sozialistischen Führer Vandervelde ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn zur Bildung einer nationalen Regierung auffordert. de Brocqueville hat sich mit dem Schritte Devezes bei der Sozialistischen Partei einverstanden erklärt.

Devisenhöchstbeträge im Januar 1933

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß der Grundbetrag der allgemeinen Genehmigungen für die Wareneinfuhr im Monat Januar 1933 nur bis zur Höhe von 50% in Anspruch genommen werden darf.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



15

Joachim erhob sich, ging ihr entgegen und legte den Arm um ihre Schultern.

„Mit welchem Enthusiasmus dich dein Vater begrüßt! Nicht wahr, von der Veranda hat man einen hübschen Gartenblick, mein Liebling? Wie gefällt dir übrigens die Farbe der Korbmöbel? Wenn du einer anderen Farbe den Vorzug gibst, werde ich mich danach richten, mein Mädelchen."

Der Doktor ließ die Finger von den Tasten gleiten und drehte sich halb zu seiner Frau um, blinzelte ihr bedeutungsvoll zu.

Als ihm ihr Lächeln entgegenkam, sprang er auf, war im Nu an der Tür zur Veranda, winkte Freda herbei.

„Schnell, schnell, drinnen gibt es einen Hauptspaß!"

Schon befand sich Freda neben ihm und nun sah sie Joachim, der noch immer Elses Schultern umfaßt hielt und nicht begriff, was den Sanitätsrat zu so erregter Lustigkeit veranlaßte, was Frau Leonores mühsam verhaltene Lachlust bedeutete und weshalb seine schöne Braut so stumm blieb und sich unter seiner Berührung scheinbar so unbehaglich fühlte.

Jetzt aber ward ihm auch die Lösung; gerade, als ihm das Verständnis aufdämmerte, daß er Else und Freda verwechselt hatte, wurde es ihm durch das Erscheinen Fredas bestätigt.

Im nächsten Moment stand Else allein und Joachim wandte sich mit etwas verlegenem Gesicht Freda entgegen.

„Kinder, ihr dürft euch fortan nicht mehr so völlig gleich kleiden, ihr habt gesehen, was das für Konsequenzen haben kann!"

Alle mußten lachen und Frau Leonore erzählte ein paar Beispiele, wie man sogar in der Familie die beiden schon mehrmals verwechselt hätte, da auch der Klang der Stimmen fast übereinstimmte.

„Die zwei Jüngsten sind wie Zwillinge," sagte sie, „also Vorsicht, Joachim, große Vorsicht!"

Freda lachte laut auf und hob ihre linke Hand, an der ihr Verlobungsring sein buntes Juwelenfeuerwerk versprühte.

„Ich bitte dich, lieber Joachim, falls du deiner Sache einmal nicht ganz sicher bist, dir erst meine linke Hand zu betrachten. Wenn der schöne Ring nicht daran ist, bin ich es nicht!"

Man lachte wieder und Joachim lachte am vergnügtesten

16.

Im Gärtchen des Doktorhauses verblühten die letzten Rosen, ihre zarten Blätter lagen verstreut auf den noch immer grünen Rasenbeeten und das üppige Strauchwerk war dünn geworden, der Herbst schlich sich immer näher heran.

Aber noch meinte es die Sonne gut und als Freda ihr weißseidenes Hochzeitskleid anzog, sah es draußen wie an einem klaren Frühlingstag aus.

Eine entzückende Braut war sie und entzückende Brautjungfern waren ihre Schwestern.

Die große Vorortkirche war gefüllt bis auf den letzten Platz, es war eine Sensation, die Hochzeit des jüngsten Jägergirls.

Hatte man aber auch ie so etwas erlebt?

Da trat eine Braut vor den Altar und sah genau so aus wie ihre fünf Brautjungfern, und jede von ihnen hätte äußerlich die Braut ersetzen können.

Eine schnurrige Geschichte, dachte der alte Bürodiener Miersch, der auch in der Kirche saß. Ihm wäre bestimmt unheimlich zu Mute gewesen, wenn seine Frau so viele Ebenbilder gehabt, als er sie geheiratet.

Freda war sehr glücklich. Nun hieß sie Freda Markus,



„Tausend Engel laden ein!"

Eine Geschäftsstraße in Köln ist unter diesem Leitspruch von den Geschäftsleuten mit Engeln, Sternen und Glöckchen geschmückt worden, um für einen verstärkten Weihnachtskauf zu werben

nun gehörte ihr Joachims Reichtum ebenfalls, ganz rechtmäßig gehörte er ihr. Nun durfte sie sich alle ihre Wünsche, und es gab deren eine Menge, erfüllen und alle ihre Launen befriedigen.

Im Frühjahr ging für Joachim das Trauerjahr zu Ende, dann würde sie das Leben in großem Stil beginnen, so wie es ihr vorschwebte.

Die Hochzeitsreise sollte nach der Schweiz gehen, Joachim Markus konnte nicht lange fort, wichtige Arbeiten warteten auf ihn.

Man saß an der Festtafel und feierte, der Trauer wegen, im engsten Familienkreise.

Für viele Gäste wäre das kleine Doktorhaus auch zu eng gewesen.

Otto Jäger war bereits auf dem Gipfelpunkt der Seligkeit angelangt durch den guten Sekt, den Joachim gestiftet

Heute tranken alle Jägers mit dem neuen Verwandten Brüderschaft, und es herrschte die fröhlichste Stimmung

Plötzlich erschien Albert Miersch.

Es war ein Radiotelegramm aus Spanien angekommen.

Joachim öffnete es, dachte, Jose Colina hatte wohl zufällig von seiner Hochzeit erfahren und gratulierte ihm nun.

Aber es handelte sich um keinen Glückwunsch, sondern Jose Colina bat ihn, wenn irgend möglich, sofort zu kommen, es handle sich um die bewußte Angelegenheit, es sei Eile geboten.

Joachim Markus vergaß sogleich seinen Hochzeitstag, vergaß seine ganze Umgebung.

Er hatte, trotzdem es bei seiner Abreise von Barcelona ausgemacht wurde, gar nicht mehr geglaubt, daß ihn Colina eines Tages rufen würde.

Ob sich das wichtige Papier doch noch gefunden hatte, ob man dem jungen Menschen im weißen Tennisanzug doch noch auf die Spur gekommen war?

Das Telegramm erregte ihn sehr, und als er davon aufblickte, sah er die Augen von allen fragend auf sich gerichtet.

Freda blickte fast ängstlich, der Sanitätsrat fragte: „Was fehlt dir denn, Joachim, hast du irgend eine schlechte Nachricht erhalten?"

Der Gefragte faltete die Depesche zusammen.

„Mein Geschäftsfreund in Barcelona wünscht in einer wirklich sehr wichtigen Sache mein sofortiges Nachdortkommen, und ich muß mit Freda doch nach der Schweiz."

Fredas Augen funkelten unternehmungslustig.

„Kein Mensch muß müssen, Joachim! Aber du bist schwerfällig, Liebster, das läßt sich doch arrangieren mit einem bißchen Nachdenken. Statt nach der Schweiz reisen wir nach Spanien, und falls es noch irgend was mit den Pässen zu ordnen gibt oder Sonstiges, dann machst du das morgen vormittag. Abends können wir dann reisen. Ich bleibe eben einen Tag länger bei den Eltern."

Er atmete auf.

„Darauf wäre ich nicht verfallen," gestand er. „Aber es ist eine großartige Idee. Fredachen, du hast mir einen großen Stein vom Herzen genommen." —

Am nächsten Abend reisten sie ab, blieben unterwegs in Genf und Lyon und kamen dann eines Abends in der zweitgrößten Stadt Spaniens an.

Colina war wieder am Bahnhof und erstarrte fast vor Staunen und Schreck, weil Joachim Markus so ein zartes, rosenrotes, hellblondes Geschöpf mitbrachte.

Joachim bestand diesmal darauf, im Hotel zu wohnen. Und so brachte ihn denn Colina ins elegante Hotel Ritz, erbat sich aber am gleichen Abend noch eine Unterredung.

Er blieb deshalb auf Joachims Wunsch bei dem Paar, speiste mit ihnen zusammen, und nachdem sich Freda, deren Spanisch sich schon ganz gut seit der Grenze bewährt, in das Schlafzimmer zurückgezogen hatte, nahmen beide Herren im Salon Platz und konnten nun endlich offen miteinander sprechen.

Freda wußte ja nichts von der Erfindung und allem, was damit zusammenhing. Sie hatte bisher auch noch nicht die kleinste Frage gestellt, weshalb diese Reise so wichtig war.

Jose Colina saß mit mühsam beherrschter Erregung da. Am liebsten wäre er aufgesprungen, über den Teppich hin- und hergelaufen und hätte Joachim Markus seine Neuigkeit, die er keinem Brief anvertraut, entgegengeschrien.

Aber erstens handelte es sich um eine sehr interne Neuigkeit, zweitens trampelt und schreit man nicht in einem erstklassigen Hotel, und drittens befand sich nebenan die entzückendste Blondine, die er bisher in seinem Leben gesehen, da muß man Caballeromanieren bewahren, auch wenn einem der Geschäftsmann innerlich mit so und so vielen Pferdestärken durchgehen will.

Also blieb er mit scheinbarer Ruhe sitzen und begann in halbem Flüsterton zu Joachim Markus zu sprechen.

„Es ist etwas Seltsames passiert, amigo mio, etwas unglaublich Befremdendes. Ich wußte nicht und weiß es auch noch nicht, wie ich mich dazu stellen soll, deshalb rief ich Sie, laut unserer Abmachung. Hätte ich allerdings geahnt, daß ich Ihnen dadurch den Hochzeitsreiseplan durchkreuzen würde —"

Joachim unterbrach ihn.

„Mein Frauchen ist mindestens ebenso gern nach Spanien gereist wie nach der Schweiz, die uns viel näher liegt und unser nächstes Reiseziel sein wird. Also machen Sie sich deshalb keine Gedanken, Verehrtester, und berichten Sie, bitte, was sich ereignet hat. Sie sehen mich aufs äußerste gespannt."

Der kleine dicke Katalonier zog die kohlschwarzen Brauen eng zusammen, eine steile Falte teilte nun seine Stirn in zwei Hälften.

„Ich weiß vor allem noch gar nicht recht, wie ich mich ausdrücken soll, um Ihnen klar zu machen, wie sehr mich die Nachricht getroffen, die ich auf einem Zickzackwege erhielt. Denken Sie nur, amigo mio, aber, bitte, erschrecken Sie nicht zu sehr, denken Sie nur, Francisko Miranda soll eine Erfindung gemacht haben, die der Ihres seligen Vaters entspricht, zu der Formel und Schlüssel auf so eigenartige Weise verschwanden. Der Detektiv mußte letzthin seine Nachforschungen einstellen, er kam nicht über die eine Entdeckung hinaus, daß der Junge im Mechanikeranzug vom Flugplatz und der andere, der den Finder um das Papier brachte, dieselbe Person gewesen. Er meinte, er stehe vor einem Rätsel, er fände nicht die winzigste Spur, die weiterführe, die beiden jungen Kerle wären wie in einer Versenkung verschwunden. Doch ich will nicht abirren. Also, amigo mio Francisko Miranda, der gefährlichste Konkurrent der Cemento-Colina in näherer und weiterer Umgebung, erfinde mit einem Male das, um was man Sie gebracht." Er gestikulierte, um sich etwas für sein leises Sprechen zu entschädigen, sehr energisch und lebhaft mit beiden Händen. „Wo sagen Sie dazu, Herr Markus?"

Er kniff bei der Frage eines seiner schweren Lider zu.

Die Neuigkeit verblüffte Joachim Markus im ersten Moment allerdings auch, aber gleich war er auch mit sich im Reinen.

„Gewiß, Herr Colina, es ist ein großer Zufall, daß Direktor Miranda gerade jetzt das Problem gelöst hat, um das sich viele vergebens bemühen, aber wenn er wirklich Erfolg gehabt hat, bleibt uns ja doch nichts weiter übrig, als ihn zu beneiden, oder wenn wir die Seelengröße dazu aufbringen, ihm seinen Erfolg zu gönnen." Er lächelte ein wenig bei dem letzten Satz. Sehr ernst fuhr er fort: „Ich weiß von meinem Vater her, wieviele durchgegrübelte Tage und durchwachte Nächte ihn seine Erfindung gekostet haben. Und Miranda hat sicherlich auch viele Anstrengungen hinter sich."

Jose Colina zog die etwas zu dicken Lippen schief.

„Verstehen Sie mich wirklich nicht, amigo mio, oder wollen Sie mich nicht verstehen? Unter uns dürfen wir doch wohl offen miteinander reden. Ich wollte Ihnen durch das, was ich gesagt, eigentlich nur andeuten, Miranda muß auf irgend eine Weise in den Besitz des Papierchens gelangt sein, nach dem wir so verzweifelt suchen. Da Miranda auch ein ganz hervorragender Chemiker ist, liegt der Gedanke nahe —"

„Um des Himmels willen, Herr Colina, überlegen Sie doch, was Sie sprechen. Sie erheben ja eine furchtbare Anschuldigung gegen Miranda, bedenken Sie das nur!"

„Das weiß ich genau," gab Colina zu, „aber wir beide, unter uns, brauchen doch nicht empfindlich für Miranda zu sein und können das Kind beim rechten Namen nennen. Ich hätte Sie wirklich nicht hergebeten, wenn ich nicht den bestimmten und starken Verdacht hätte, wir sollen begaunert werden oder sind schon begaunert worden. Am meisten Sie, amigo mio! Um ganz klar zu sprechen, ich fürchte, mein Verdacht stimmt, und wenn es der Fall ist, so muß hinter unserem Rücken irgendeine Intrige gespielt haben, von der wir nichts ahnen!"

Das Gesicht Joachims trug einen durchaus ungläubigen Ausdruck, aber er erwiderte nichts.

Colinas Haltung wurde schlaffer, seine Lider deckten beinahe völlig die Augen.

„Ich muß Ihnen ein peinliches Geständnis machen, amigo mio, gräßlich peinlich ist es mir, aber es bleibt mir nichts anderes übrig als die vollständige Ehrlichkeit, damit Sie begreifen, wie ich überhaupt auf den Verdacht gekommen bin."

Er schluckte ein paarmal, fuhr mit der Hand am Kragen herum, als sei er ihm plötzlich zu eng geworden.

„Sehen Sie, Herr Markus, damals, als Ihr Vater sich mit mir wegen der Erfindung und einer späteren Geschäftsfusion in langen Briefen unterhielt und wir schon über die Hauptpunkte in groben Umrissen einig geworden, zwickt mich eines Tages in Mirandas Gegenwart der Uebermut, ein paar Bemerkungen oder meinetwegen Andeutungen fallen zu lassen, die ich besser für mich behalten hätte. Ich äußerte nämlich, es wären demnächst große Umwälzungen auf dem Gebiete der Betonbauten zu erwarten, fügte hinzu: Wir müßten mit unseren Arbeiten viel billiger werden, trotzdem aber noch solider und fester bauen."

Joachim Markus zuckte die Achseln.

„Sie haben sehr unklug gehandelt, aber das wissen Sie ja selbst. Immerhin könnte man begreifen, wenn Miranda danach ein wenig Umschau gehalten hätte, von welcher Seite die Gefahr, bald unterboten zu werden, droht. Für Geld und gute Worte läßt sich natürlich so manches auskundschaften."



Eine Niobe-Gedenkmünze

Man beachte den hierzu gehörigen Artikel auf der Innenseite dieses Blattes